

Ökonomische Folgen autoritären Regierens am Beispiel Ungarn

Zur Parlamentswahl 2026: Ungarische Standortentwicklung
im regionalen Vergleich

Alexander Radunz

Brüssel, 13.04.2026

IW-Report 15/2026

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

**Herausgeber**

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autor

Alexander Radunz

Policy Officer European Affairs

Referent für Europapolitik

radunz@iwkoeln.de

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

April 2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Einleitung: Populismus und wirtschaftliche Entwicklung im regionalen Vergleich	6
1 Institutionelle Grundlagen, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum.....	8
1.1 Demokratie und Rechtsstaat	8
1.2 Ungarns Wettbewerbsfähigkeit im Zeitverlauf	10
1.3 Wirtschaftswachstum im regionalen Vergleich.....	11
2 Industrielle Struktur und sektorale Abhängigkeiten	12
2.1 Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung	12
2.2 Verarbeitendes Gewerbe als Kern der Industrie	14
2.3 Aufschlüsselung des verarbeitenden Gewerbes: Spezialisierung und Pfadabhängigkeiten	16
3 Außenwirtschaft und Investitionsstruktur.....	18
3.1 Exportstruktur und internationale Einbettung.....	18
3.2 Ausländische Direktinvestitionen	20
3.3 Neue Abhängigkeiten durch asiatische Investitionen	22
4 Binnenmarkt, Innovation und Produktivität	24
4.1 Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen im Unternehmenssektor	24
4.2 Arbeitsproduktivität als Ergebnisindikator und Lohnstückkosten	26
4.3 Binnennachfrage und Rolle der <i>Non-Tradeable</i> Sektoren.....	27
5 Demografie, Migration und Fachkräfteangebot.....	28
5.1 Demografische Entwicklung und Alterung	28
5.2 Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit	30
5.3 Arbeitsmarkt, Zuwanderung und Einstellungen zu Migration	31
6 Fiskalpolitik, EU-Mittel und staatlicher Interventionismus.....	34
6.1 Staatsschulden und Defizite	34
6.2 Finanzierungskosten und Kapitalmarktabhängigkeit	36
6.3 Der partielle Ausfall von EU-Mitteln als fiskalischer Wendepunkt	37
7 Preisentwicklung und Inflation	38
7.1 Verbraucherpreise und Kerninflation.....	38
7.2 Wahrgenommene Inflation und Konsumentenvertrauen	40
7.3 Wirtschaftspolitische Eingriffe, <i>Non-Tradeables</i> und Inflationspersistenz	42
8 Synthese – <i>Urbanomics</i> und das populistische Performanzdefizit	42
9 Abstract.....	45
Abbildungsverzeichnis.....	46
Literaturverzeichnis	47

JEL-Klassifikation

P16 – Politische Ökonomie
E31 – Preisniveau, Inflation, Deflation
O43 – Institutionen und Wachstum
E02 – Institutionen und Makroökonomie
H70 – Öffentliche Finanzwirtschaft
D72 – Politische Prozesse: Rent-Seeking, Lobbying, Wahlen

Zusammenfassung

Viktor Orbáns *FIDESZ* hat nach 16 Regierungsjahren zum ersten Mal eine Wahlniederlage eingefahren. Vor allem wirtschaftliche Probleme als Folge eines autoritären und interventionistischen Regierungsstils haben den Ausschlag zum rasanten Aufstieg und Erdrutschsieg einer oppositionellen Protestpartei am 12. April 2026 gegeben. Dass die neue Mehrheit sogar für eine Zweidrittelmehrheit im Parlament reicht, verleiht dem Wahlausgang zusätzliche politische Tragweite. Er markiert nicht nur einen Regierungswechsel, sondern eröffnet erstmals seit 2010 die Möglichkeit, zentrale institutionelle und wirtschaftspolitische Machtstrukturen der Orbán-Ära grundlegend zurückzubauen. Dabei galt Ungarn unter der autoritären Politik Orbáns innerhalb der EU lange Zeit als Sonderfall: wirtschaftlich global stark integriert, industriegetrieben und investorenfreundlich, zugleich jedoch politisch zunehmend zentralisiert, mit wachsenden Eingriffen in Märkte und Institutionen und einer immer stärker sichtbaren *State Capture*.

Dieser Report analysiert die Leistungsfähigkeit des ungarischen Wirtschaftsmodells seit der erneuten Regierungsübernahme durch *FIDESZ* im Jahr 2010 im Vergleich zu Polen, Tschechien, der Slowakei (Visegrádländer, V4) und Rumänien. Im Fokus stehen Wachstum und Innovationsfähigkeit, Industrie- und Investitionsstruktur, Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik sowie die Entwicklung des Preisniveaus. Im Kern steht dabei die Frage, inwieweit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ungarns institutionell unterlegt ist oder ob sie in wesentlichen Teilen auf politisch vermittelten, strukturell fragilen Wachstumsmechanismen beruht.

Eine Hypothese der Populismusforschung lautet, dass ein populistisch-autoritärer Regierungsstil mit Erosion rechtsstaatlicher Institutionen, abnehmender (binnenwirtschaftlicher) Offenheit und langfristig geringerem wirtschaftlichem Output korreliert (Funke et al., 2020; Dornbusch/Edwards, 1991; Woo/Mora, 2024). Die ungarische Entwicklung bestätigt die zentralen Mechanismen. Kurzfristige Impulse gehen systematisch zu Lasten langfristiger Investitions- und Innovationsfähigkeit.

Nach dem EU-Beitritt 2004 setzte Ungarn zu einer starken wirtschaftlichen Aufholphase an. Besonders zwischen 2013 und 2019 verzeichnete das Land solide Wachstumsraten, sinkende Arbeitslosigkeit und makroökonomische Stabilität, getragen von einer stark exportorientierten Industrie im Automotive- und Elektronikbereich, günstigen Lohnstückkosten und umfangreichen EU-Fördermitteln. Ab Mitte der 2010er Jahre verlangsamte sich der relative ökonomische Aufholprozess gegenüber Polen und Tschechien. Seitdem zeigen sich zunehmende Schwankungen: Das Wachstum ist volatil, die Inflation verfestigt sich, die Fiskalpolitik reagiert kurzfristiger und prozyklischer. Die Industrie bleibt von wenigen Großprojekten abhängig, zuletzt auch verstärkt durch asiatische Investitionen in Batterien und E-Mobilität. Die lokale Wertschöpfungstiefe wächst jedoch langsamer als in Tschechien oder Polen. Geringe KMU-Integration, niedriger F&E-Anteil und die begrenzte Verfügbarkeit hochqualifizierter Fachkräfte stellen im Jahr 2026 strukturelle Engpässe dar, während die Lohnstückkosten rasant ansteigen. Rumänien überholt Ungarn in mehreren Indikatoren, während die Slowakei trotz kleinerem Binnenmarkt relativ höhere Produktivitätszuwächse erzielt. Dies deutet darauf hin, dass dirigistische Steuerung in Verbindung mit *State Capture* in Wirtschaft und Politik nicht zwangsläufig nachhaltiges Wachstum gewährleistet.

Nach Jahren sinkender Arbeitslosigkeit und stabiler Beschäftigung verschärfen nun Arbeitsmarkt und Demografie den Druck: Alterung, Abwanderung und ein begrenzter Zuzug qualifizierter Migranten verknappen Personal. Produktivitätsfortschritte werden durch das begrenzte Mobilisierungspotenzial am Arbeitsmarkt sowie durch eine geringe inländische Wertschöpfungstiefe ausgebremst. Gleichzeitig steigen

Finanzierungskosten, und rund 20 Milliarden Euro an EU-Fördergeldern sind blockiert. Auch Sonderabgaben erhöhen Planungsunsicherheit. Staatliche Eingriffe wirken in entscheidenden binnenorientierten Sektoren, etwa in der Bauindustrie und dem Einzelhandel preistreibend. Selektive Regulierung und die Bevorzugung inländischer Anbieter schwächen den Wettbewerb und erhöhen die Kosten für Verbraucher, während exportorientierte Industrien ihre Wettbewerbsfähigkeit bislang weitgehend behaupten können. Politökonomisch ist das Konzept der *Orbanomics* (Scheiring, 2020) durch hohe Exekutivsteuerung, politischen Klientelismus und eine wachsende außenwirtschaftliche Anbindung an China geprägt. Dies fördert mittelfristig Investitionen, birgt allerdings im Zuge zunehmender geopolitischer wie -ökonomischer Spannungen Klumpenrisiken in Technologiepfaden.

Die Etablierung und der Wahlsieg der oppositionellen *TISZA*-Bewegung deuten auf eine soziale Ermüdung hin: Brot-und-Butter-Themen wie Reallöhne, Zinsen und Inflationswahrnehmung gewinnen gegenüber identitätspolitischen Konflikten an Gewicht. Der politische Druck der ökonomisch Abgehängten, der gewöhnlich liberale Regierungsparteien in westeuropäischen Demokratien belastet, könnte mit dem hiesigen Wahlergebnis in Ungarn zu einem erneuten populären *Rollback* des populistischen *Rollbacks* führen (Diamond, 2008). Auffällig ist dabei, dass die Regierungsseite ihren Wahlkampf stark auf externe sicherheitspolitische Themen, insbesondere den Ukrainekrieg, ausrichtete, während die Opposition vor allem interne Themen in den Mittelpunkt stellte. Fragen der liberalen Demokratie als solche spielten im Wahlkampf hingegen eine eher untergeordnete Rolle.

Ohne eine schnelle Kurskorrektur einer neuen ungarischen Regierung droht im regionalen wie europäischen Vergleich weiter ökonomischer Bodenverlust mit Folgen für Standortattraktivität, Produktivität, Preisstabilität und vor allem Zuversicht bei den Verbrauchern.

Einleitung: Populismus und wirtschaftliche Entwicklung im regionalen Vergleich

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich weltweit zahlreiche Regierungen populistischer Ausrichtung etabliert, darunter linkspopulistische Bewegungen in Lateinamerika ebenso wie rechtspopulistische Parteien in Europa. Populistische Regierungsführung wird in der Literatur häufig als ein Politikstil verstanden, der kurzfristige politische Responsivität gegenüber langfristiger institutioneller Stabilität priorisiert und dabei demokratische Kontrollmechanismen tendenziell unterläuft (Mudde/Kaltwasser, 2017; Rodrik, 2018).¹

In der Forschung hat sich eine Debatte darüber entwickelt, ob und in welchem Umfang populistische Regierungsführungen strukturelle Verschlechterungen in Wirtschafts- und Institutionenindikatoren bewirken. Eine vielbeachtete Studie von Funke, Schularick und Trebesch aus dem Jahr 2020 identifiziert mehr als fünfzig populistische Regierungsphasen in über sechzig Ländern über einen Zeitraum von 120 Jahren. Das Ergebnis: Nach fünfzehn Jahren liegt das reale BIP pro Kopf im Durchschnitt rund zehn Prozent niedriger als unter (vergleichbaren) nicht-populistischen Regierungen. Auch die Wahrscheinlichkeit von Finanzkrisen, Inflationschüben und institutioneller Erosion steigt signifikant (Dornbusch/Edwards, 1991; Woo/Mora, 2024). Als zentrale Ursachen gelten wachsender wirtschaftlicher Nationalismus, protektionistische Eingriffe, höhere Schulden- und Inflationsdynamik, die Schwächung unabhängiger Institutionen sowie ein Rückgang rechtsstaatlicher Verlässlichkeit für Bürger und Unternehmen (Funke et al., 2020).

Dabei werden ökonomische Kosten populistischer Regierungsführung weder nur langfristig noch zwingend erst nach einem „Regimebruch“ spürbar: (Wirtschafts-)Populistische Politik kann bereits als einzelne, symbolisch aufgeladene Entscheidung eine sogenannte „uncertainty trap“ auslösen, die Investitionen verzögert und Outputverluste erzeugt, noch bevor formale institutionelle Checks außer Kraft gesetzt werden (Woo/Mora, 2024).

In Ungarn wurde die Verflechtung von Politik und Wirtschaft zuletzt besonders deutlich. Wenige Tage vor der jüngsten Parlamentswahl führten neue Erhebungen eines unabhängigen Umfrageinstituts, die den Sieg der Oppositionspartei *TISZA* prognostizierten, zu abrupten Kursverlusten bei börsennotierten Unternehmen aus dem engen Umfeld von Viktor Orbán und seinem politischen Netzwerk – ein innerhalb der Europäischen Union nur selten zu beobachtender Zusammenhang zwischen politischer Machtprojektion und Unternehmensbewertung (Chastand, 2026; euronews, 2026; 24.hu, 2026).

Ungarn wird im zeitgenössischen Kontext häufig als typisches Beispiel einer langjährigen rechtspopulistisch regierten Volkswirtschaft genannt, oft in Verbindung mit einem bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung. Seit Viktor Orbáns Rückkehr an die Macht im Jahr 2010 verfügt *FIDESZ* über stabile parlamentarische Mehrheiten und einen, verglichen mit anderen EU-Ländern, einzigartigen Einfluss auf Medien, Justiz und Wirtschaft. Lange galt das ungarische Modell, geprägt durch makroökonomische Stabilität, sinkende Arbeitslosigkeit und hohe EU-Transfers, als Erfolgsbeispiel für eine (rechts-)populistisch gelenkte, aber wachstumsstarke Transformation. In den Krisen Jahren der 2020er hat sich dieses Bild jedoch deutlich eingetrübt: Ungarn verzeichnet die höchste und hartnäckigste Inflation der EU, eine sinkende Kaufkraft, stagnierendes Wachstum und erhebliche Kürzungen bzw. Blockaden bei EU-Fördermitteln. Gleichzeitig formiert sich im Spätsommer 2024 mit der *TISZA*-Bewegung eine neue politische Kraft, die breite Bevölkerungsschichten

¹ Kontrollmechanismen im liberal-demokratischen Sinne.

mobilisiert, entgegen vielen Erwartungen die ungarische Parlamentswahl mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit gewonnen und damit der Orbán-Ära ein vorzeitiges Ende verschafft hat. Erstmals seit 2010 sind damit auch die institutionellen Voraussetzungen für eine tiefgreifende Revision des Systems gegeben, das Orbán erschaffen hat. Es bleibt nur die Frage, wie lange das Wirtschaftsmodell der *Orbanomics* noch fortbestehen wird: eine Form staatlich geprägter Wirtschaftssteuerung, die kurz- wie mittelfristige politische Stabilisierung durch selektive Markteingriffe, politisierte Ressourcenallokation und eine enge Verzahnung von Staat (bzw. Regierung) und wirtschaftlichen Akteuren anstrebt. In diesem Report sollen die möglichen Auswirkungen dieses Wirtschaftsmodells auf zentrale Performanceindikatoren daher genauer beleuchtet werden.

Das Wahlergebnis vom 12. April 2026 markiert eine Zäsur und bietet Anlass für eine strukturierte Bestandsaufnahme. Der vorliegende Report greift die umschriebene Hypothese des „populistischen Performanzdefizits“ auf und analysiert die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns im Vergleich zu Polen, Tschechien, der Slowakei (V4) und Rumänien über die Regierungszeit der ungarischen Rechtspopulisten hinweg.² Anhand des regionalen Vergleichs wird untersucht, inwieweit sich diese These für Ungarn empirisch nachvollziehen lässt. Es wird dabei eine Auswahl zentraler Indikatoren untersucht, die den Zustand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ebenso wie demografische und volkswirtschaftliche Dynamiken abbilden.

Dabei wird der Versuch unternommen, externe Schocks, wie etwa die Covid-19-Pandemie, Energiepreisschocks und geopolitische Verwerfungen, analytisch von innenpolitischen Steuerungsentscheidungen zu trennen und deren jeweilige Wechselwirkung über die Zeit hinweg zu extrapolieren. Letzteres soll durch die Fallauswahl untermauert werden.³ Im kontinentaleuropäischen Vergleich teilen die betrachteten Länder zentrale Charakteristika wie EU-Mitgliedschaft, postsozialistische Transformationspfade in Wirtschaft und Gesellschaft, geographische Nähe sowie demografische Umbrüche. Sie unterscheiden sich jedoch in anderen Ausprägungen, wie etwa der rechtsstaatlichen Ausprägung oder der Dauer und Differenzierung der europäischen Integration (Radunz/Riedel, 2024).

Es ist zu berücksichtigen, dass auch in den Vergleichsländern populistische Regierungsphasen, Elemente von politischer Einflussnahme sowie Klientelismus im Beobachtungszeitraum auftreten. Diese Phänomene sind jedoch weniger institutionell verankert und systematisch ausgeprägt als im ungarischen Fall, der mit der Konsolidierung der *Orbanomics* eine besonders dichte Verbindung von wirtschaftspolitischer Steuerung und politischer Machtkonzentration aufweist (Scheiring, 2020).

Der Vergleich erfolgt dabei primär entlang der beobachtbaren Outcomes wirtschaftlicher Entwicklung; im Fokus steht somit die Einordnung der ungarischen Entwicklung im regionalen Kontext, nicht die detaillierte Analyse der wirtschaftspolitischen Steuerung in allen Vergleichsländern. Die Referenzländer fungieren als Benchmark zur Identifikation relativer Abweichungen, während kausale Zuschreibungen bewusst zurückhaltend vorgenommen und im Lichte struktureller Gemeinsamkeiten interpretiert werden. Politökonomische Eingriffe werden dabei nicht aus rein populismuswissenschaftlicher Perspektive analysiert, sondern in ihrer Wirkung auf die strukturelle Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften eingeordnet.

In sieben Themenkapiteln wird Ungarns Sonderweg innerhalb der mittelosteuropäischen Region sowie seine

² Die zeitliche Verfügbarkeit mancher Indikatoren oder einzelner Länder innerhalb der Zeitreihen variiert in manchen Fällen.

³ Diese folgt dem Konzept eines Most-Similar-Systems-Designs (Lijphart, 1971).

Folgen kontextualisiert. Im Fokus stehen die Entwicklung von Produktivitäts- und Innovationsdynamik, Preisentwicklung sowie demografische Faktoren, die Aufnahmefähigkeit für ausländische Fachkräfte, die Finanzierungskosten und die subjektiv wahrgenommene wirtschaftliche Situation der Verbraucher. Dem voran geht eine detailliertere Aufschlüsselung der ungarischen Industriestruktur und ausländischen Direktinvestitionen. Gerade in einer stark exportorientierten Volkswirtschaft wie Ungarn manifestieren sich strukturelle Stärken und Schwächen maßgeblich in der sektoralen Zusammensetzung, der Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten sowie der Qualität und Herkunft von Investitionen. Die ersten Kapitel greifen diese Dimensionen daher gezielt auf, um die Entwicklung Ungarns vergleichend einzuordnen.

Die abschließende Synthese prüft, ob sich die These des populistischen Performanzdefizits empirisch-deduktiv überprüfen lässt und welche wirtschaftspolitischen sowie demokratietheoretischen Schlussfolgerungen sich daraus für die Zukunft ziehen lassen.⁴

1 Institutionelle Grundlagen, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum

1.1 Demokratie und Rechtsstaat

Ungarns politisch-institutionelle Entwicklung steht seit über einem Jahrzehnt im Spannungsverhältnis zu den Grundprinzipien liberaler Demokratien. Bereits in den frühen 2010er Jahren zeichnete sich ein gradueller Abbau unabhängiger Kontrollinstanzen ab, von der Justiz über die Medien bis hin zur Zentralbank. Diese Entwicklung hat sich in internationalen Governance-Indizes deutlich niedergeschlagen. Der *Varieties-of-Democracy*-Datensatz (*V-Dem*) weist für Ungarn ab 2010, dem Beginn der ersten von mehreren Zweidrittelmehrheiten für *FIDESZ*, den stärksten Rückgang aller EU-Mitgliedstaaten aus.

Der *Liberale Demokratie*-Index misst die Unabhängigkeit der Justiz, die Effektivität von Kontrollinstitutionen und die Achtung bürgerlicher Freiheiten, also jene Bereiche, in denen Ungarn seit Jahren deutlich verliert (siehe Abbildung 1-1). Der *Elektorale Demokratie*-Index erfasst die Qualität von Wahlen, den Wettbewerb zwischen Parteien und die Chancengleichheit im politischen Prozess. Hier zeigt sich ein wachsender staatlicher Einfluss auf Medien und Wahlkampffinanzierung. Der *Deliberative Demokratie*-Index bewertet die Qualität öffentlicher Entscheidungsprozesse, also ob politische Beschlüsse auf informierter Debatte und breitem Konsens beruhen. In Ungarn dominiert zunehmend die politische Exekutive über Fach- und Interessendialoge. Der *Partizipative Demokratie*-Index misst die Stärke und den Handlungsspielraum gesellschaftlicher Organisationen und Interessenvertretungen, die in den vergangenen Jahren deutlich eingeschränkt wurden. Schließlich zeigt der *Egalitäre Demokratie*-Index, in welchem Maß Bürgerinnen und Bürger unabhängig von sozialem Status oder wirtschaftlicher Position Zugang zu Rechten, Ressourcen und politischem Einfluss haben. Auch hier ist ein deutlicher Rückgang zu beobachten.

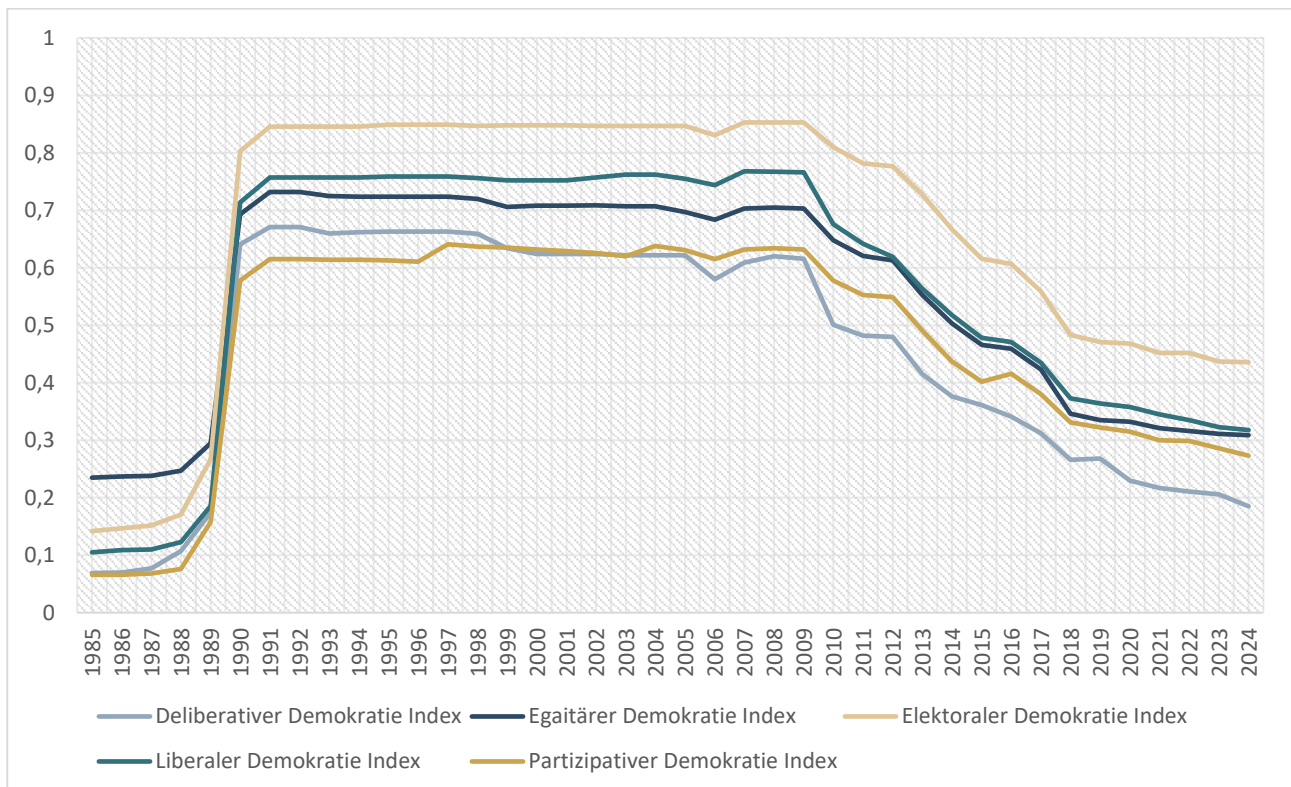
Empirisch dokumentieren die *V-Dem*-Daten eine nahezu beispiellose Erosion: Seit 2010 haben sich die Werte in allen fünf Teilindizes sichtbar verringert. Der *Liberale Demokratie*-Index fiel von etwa 0,64 auf rund 0,32,

⁴ Ungarn unter *FIDESZ*-Regierung wird in diesem Report als fallstudienbasierte Evidenz herangezogen; eine umfassende deduktive Anwendung der Theorie findet sich bei Funke et al. (2020). Politisch-gesellschaftliche Folgen (z. B. Einschränkungen der Pressefreiheit) werden bewusst ausgeklammert.

der *Deliberative Demokratie*-Index von 0,48 auf 0,18 – ein Rückgang um rund zwei Drittel. Auch der *Elektorale Demokratie*-Index, der lange am stabilsten war, hat spürbar verloren. Die partizipative und egalitäre Dimension hat sich jeweils etwa halbiert. Letztere verdeutlicht besonders, dass politische Teilhabe, soziale Durchlässigkeit und der gleichberechtigte Zugang zu Entscheidungsprozessen zunehmend eingeschränkt sind. Damit befindet sich das Land heute auf einem Niveau mit europäischen Staaten wie Georgien und Serbien. Seit 2018 hat sich dieser Niedergang weiter beschleunigt, ein deutliches Indiz für die institutionelle Verfestigung der Machtkonzentration.

Abbildung 1-1: V-Dem Indizes für Ungarn

1985 – 2024



Quelle: V-Dem, Varieties of Democracy, 2026

Diese Entwicklung spiegelt sich auch im *World Justice Project (WJP) Rule of Law Index* wider. 2024 liegt Ungarn hier auf Platz 79 von 143 erfassten Ländern, weit abgeschlagen am Ende der EU-Rangliste. Die größten Schwächen zeigen sich in den Dimensionen „*Begrenzung der Regierungsgewalt*“, „*Abwesenheit von Korruption*“ und „*Wahrung grundlegender Rechte*“ (WJP, 2025). Damit gilt der Rechtsstaat nicht nur als erodiert, sondern zunehmend als instrumentell gelenkt. Diese Entwicklung trifft besonders die Vertragsdurchsetzung, also genau jene Felder, die für langfristige wirtschaftliche Planungssicherheit entscheidend sind.

Diese institutionelle Schwäche ist kein abstraktes Demokratiedefizit, sondern hat zunehmend konkrete wirtschaftliche Folgen. Selektive Sondersteuern und gezielte Eingriffe in bestimmte Branchen schwächen das unternehmerische Vertrauen in die Planungs- und Rechtssicherheit nachhaltig. Damit entstehen indirekte Kosten, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft mindern. Währenddessen werden regierungsnahe Akteure systematisch bevorzugt. Diese Entwicklung lässt sich als vertrauensarmes institutionelles Gleichgewicht beschreiben, ein Zustand, in dem ökonomische Rationalität zunehmend durch politische Loyalität überlagert

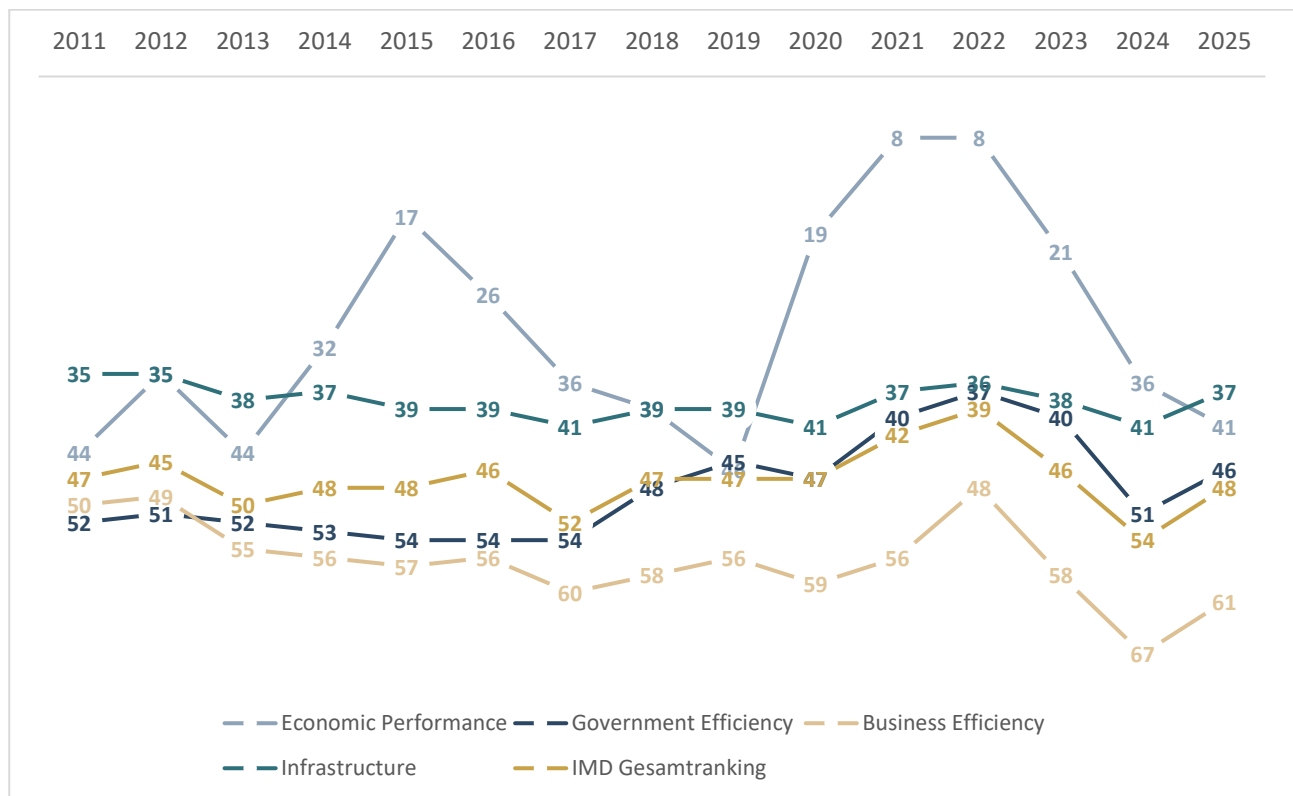
wird (North, 1990; Acemoglu/Robinson, 2012).

1.2 Ungarns Wettbewerbsfähigkeit im Zeitverlauf

Obwohl sich die institutionelle Qualität Ungarns verschlechtert, bleibt seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zunächst erstaunlich robust (siehe Abbildung 1-2). Im *IMD World Competitiveness Ranking* liegt Ungarn bis 2019 stabil im Mittelfeld der EU-Staaten, getragen von solider Infrastruktur, gut ausgebildeten Arbeitskräften und niedrigen Produktionskosten. Doch seit 2020 verschlechtert sich die Position. Vom Gesamtrang 42 (2019) fällt Ungarn 2024 auf 54, der schwächste Wert der letzten Dekade. Besonders gravierend sind die Einbrüche in den Kategorien *Government Efficiency* (von 37 auf 51) und *Business Efficiency* (von 48 auf 67). Beide Bereiche stehen im Verdacht, stark durch politische Zentralisierung und zunehmende staatliche Eingriffe geprägt zu sein (Scheiring, 2020).

Abbildung 1-2: IMD Competitiveness Rankings für Ungarn

2011 – 2025



Quelle: IMD, 2026

Bemerkenswert ist die Volatilität im Bereich *Economic Performance*: Während Ungarn 2021 und 2022 kurzzeitig den 8. Platz weltweit belegt, möglicherweise getrieben durch fiskalische Stimuli und post-pandemische Erholung, fällt das Land 2025 wieder auf Rang 41 zurück. Diese starke Volatilität verdeutlicht, dass kurzfristige Wachstumsimpulse durch staatliche Interventionen kaum in nachhaltige Produktivitätsgewinne münden. Parallel dazu verbleibt der Infrastrukturindikator seit einigen Jahren auf einem moderat guten Niveau (Ränge 36-41).

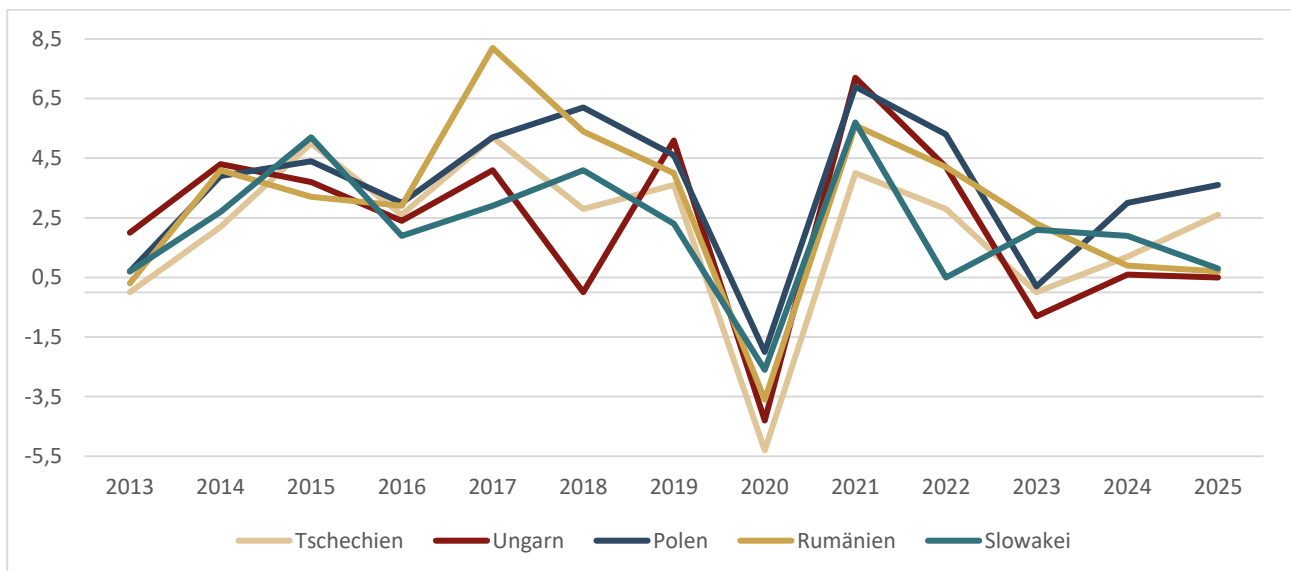
Dieses Spannungsfeld zwischen kurzfristiger Standortattraktivität und langfristiger institutioneller Ausrichtung ist charakteristisch für das ungarische Modell und könnte auch die Verschlechterung der meisten IMD-Indikatoren nach sich ziehen, wie die nachfolgenden Untersuchungen zeigen.

1.3 Wirtschaftswachstum im regionalen Vergleich

Ein Blick auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt: zwischen 2013 und 2019 wuchs Ungarns Wirtschaft im Schnitt um etwa 4 Prozent jährlich - stärker als der EU-Durchschnitt (siehe Abbildung 1-3). Dieses Wachstum wurde maßgeblich durch EU-Fördermittel, konsumorientierte Fiskalpolitik und eine expansive Kreditvergabe angetrieben (Fundacja Przyjazny Kraj, 2026). Seit 2022 zeigt sich eine deutliche Abkühlung. Die Energiepreiskrise, hohe Inflation und das Ausbleiben von EU-Mitteln haben die Dynamik abrupt gestoppt. 2023 verzeichnete Ungarn ein reales BIP-Minus von -0,8 Prozent, 2025 lag das Wachstum bei +0,5 Prozent, während Polen (+3,6 Prozent) und Tschechien (+2,6 Prozent) deutlich besser abschnitten.

Abbildung 1-3: Jährliche Wachstumsrate des realen BIP (preisbereinigt)

In Prozent, 2013 – 2025



Quelle: Eurostat, 2026

Im regionalen Vergleich weist Ungarn zuletzt die schwächste Wachstumsdynamik auf. Während Polen, Tschechien, die Slowakei und Rumänien in den vergangenen Jahren trotz konjunktureller Schwankungen infolge von Pandemie, Energiekrise und geopolitischen Spannungen insgesamt stabilere Wachstumsverläufe aufweisen, hat Ungarn seit 2022 deutlich an Dynamik verloren.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Ungarns wirtschaftliche Stärke möglicherweise nie vollständig institutionell unterlegt war. Der demokratische Erosionsprozess hat die ökonomische Substanz nicht unmittelbar zerstört, könnte sie aber langfristig ausgehöhlt haben. Nach einer Einführung in die allgemeine Wertschöpfungsstruktur der ungarischen Volkswirtschaft sollen die weiterführenden Kapitel untersuchen, inwieweit sich die Standortdynamik in den verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen widerspiegelt und welche strukturellen sowie gesellschaftlichen Mechanismen dabei zum Tragen kommen.

2 Industrielle Struktur und sektorale Abhängigkeiten

2.1 Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung

Die Entwicklung des Industrieanteils an der Bruttowertschöpfung (BWS) zeigt, dass Ungarn eine konsolidierte Industrieökonomie ist (siehe Abbildung 2-1). 2011 lag sein Industrieanteil an der BWS mit rund 25 Prozent unterhalb von Tschechien (ca. 30 Prozent) und Rumänien (ca. 38 Prozent), aber auf dem Niveau von Polen und der Slowakei, die jeweils bei etwa 25 Prozent standen. In den folgenden Jahren steigt der ungarische Wert zunächst moderat auf gut 27 Prozent (2015), bevor er in eine langsame, aber stetige Abwärtsbewegung übergeht. 2024 liegt der Industrieanteil mit gut 21,5 Prozent signifikant niedriger.

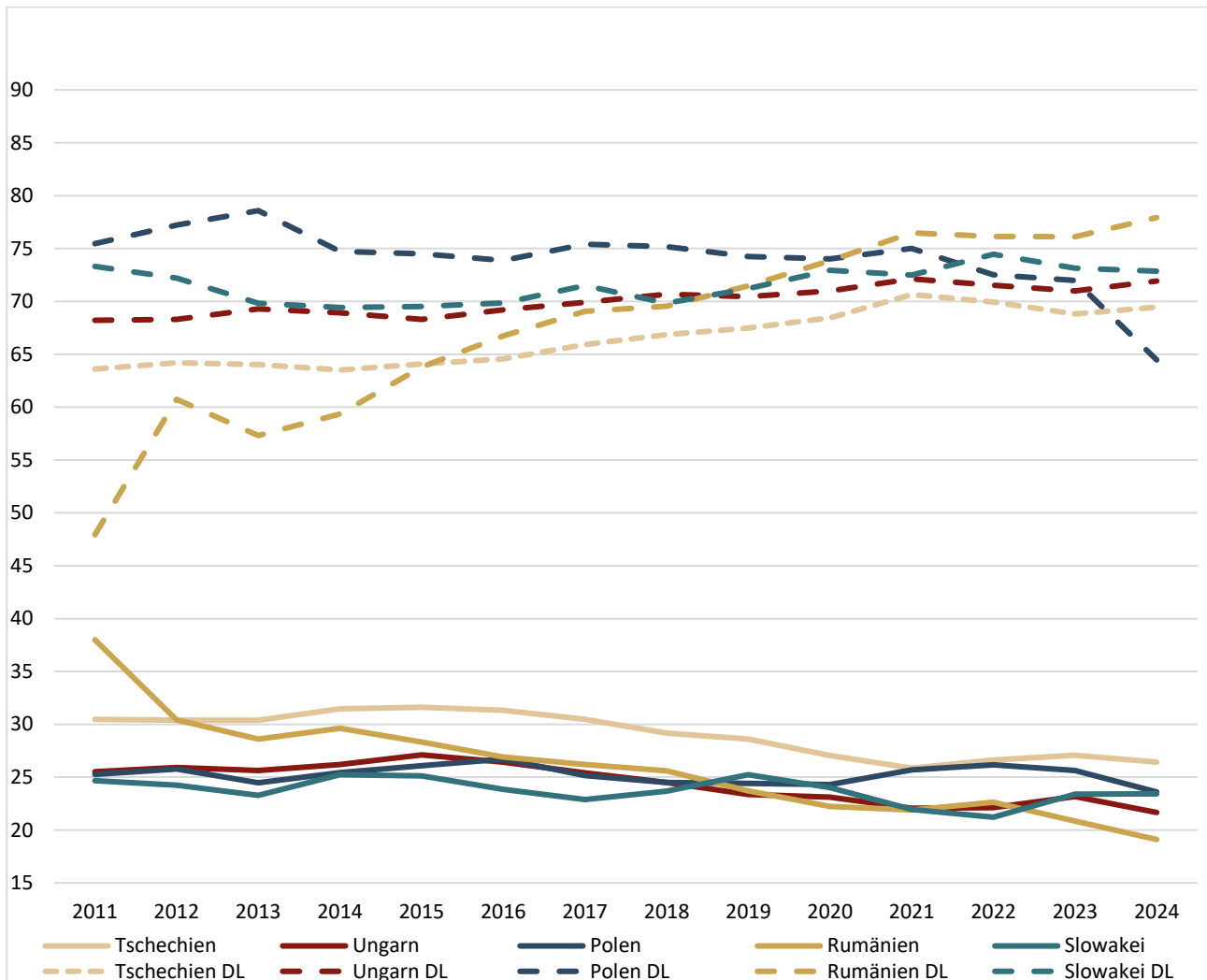
Tschechien blieb ab 2012 über die gesamte Periode das am stärksten industrialisierte Land. Trotz eines Rückgangs von 31 Prozent (2014/2015) auf rund 26 Prozent (2024) liegt der Wert durchgängig über dem der Nachbarn. Die Slowakei bewegt sich stabil in einem engen Korridor zwischen 24 und 26 Prozent, mit einem leichten Wiederanstieg zum Ende des untersuchten Zeitraums. Polen hält den Industrieanteil lange konstant bei gleichen 24 bis 26 Prozent und verzeichnet erst in den jüngsten Jahren eine leichte Abwärtsbewegung auf etwa 23,5 Prozent. Am stärksten fällt der Rückgang in Rumänien aus: Von knapp 38 Prozent sinkt der Industrieanteil kontinuierlich auf gut 19 Prozent.

Ungarn liegt damit in einer Mittelposition. Die Industrie bleibt ein tragender Pfeiler der Wertschöpfung, doch die relative Bedeutung hat abgenommen. Anders als in Rumänien ist dieser Rückgang nicht dramatisch, aber er signalisiert, dass sich die ungarische Wirtschaftsstruktur allmählich in Richtung Dienstleistungen verschiebt, ohne dass dieser Wandel bislang von einer starken wissensintensiven Dienstleistungsbasis begleitet wäre (Europäische Kommission, 2025a). Es bleibt festzuhalten, dass die industrielle Basis Ungarns nach wie vor groß genug ist, um bei starker Spezialisierung anfällig für sektorale Schocks zu sein.

Parallel dazu vollzieht sich eine konsequente Verschiebung der Wertschöpfung in Richtung Dienstleistungen. Deren Anteil an der Bruttowertschöpfung steigt in allen betrachteten Volkswirtschaften, mit divergierender Dynamik und auf teilweise sehr unterschiedliche Niveaus.

Abbildung 2-1: Dienstleistungs- und Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung

In Prozent, 2011 – 2024



Anmerkungen: Industrie gemäß Eurostat, NACE Rev. 2; Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Energieversorgung sowie Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallwirtschaft; ohne Baugewerbe

Quellen: Eurostat, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Ungarn verzeichnet einen moderaten, aber stabilen Übergang zur Dienstleistung. Der Anteil steigt zwischen 2011 und 2024 von rund 68 auf knapp 72 Prozent. Diese Entwicklung vollzieht sich weitgehend parallel zur Abwärtsbewegung des Industrieanteils, der im gleichen Zeitraum um knapp fünf Prozentpunkte sinkt. Dies deutet darauf hin, dass die industriellen Einbußen überwiegend durch die Expansion klassischer (nicht unbedingt wissensintensiver) Dienstleistungssegmente kompensiert werden (Europäische Kommission, 2025). Im Vergleich zeigt sich ein mittleres Wachstum: Der ungarische DL-Anteil steigt etwas stärker als in der Slowakei und Polen, aber weniger dynamisch als in Tschechien und insbesondere Rumänien. Ungarns Industriefokus stabilisiert traditionelle (industrienähe) Dienstleistungen, führt aber nicht zu einem strukturellen Aufschwung wissensintensiver Dienstleistungen. Die Industrie erzeugt in Ungarn vor allem Nachfrage nach Logistik, Wartung, Transport, einfachen technischen Services oder Backoffice-Dienstleistungen, seltener nach fortgeschrittenem Engineering, F&E oder digitalen High-Value-Services (ebd.). Dadurch entsteht ein Servicezuwachs mit nur begrenzten *Spillovers* bzw. qualitativer Aufwertung der Wirtschaftsstruktur Richtung komplexerer Dienstleistungen mit tieferer Wertschöpfungstiefe.

In Tschechien und der Slowakei steigen die Dienstleistungsanteile nur leicht an, bleiben aber aufgrund der weiterhin starken industriellen Basis vergleichsweise niedriger als in Polen oder Rumänien. Beide Länder bestätigen damit nach wie vor das Profil hochindustrialisierter Produktionsökonomien.

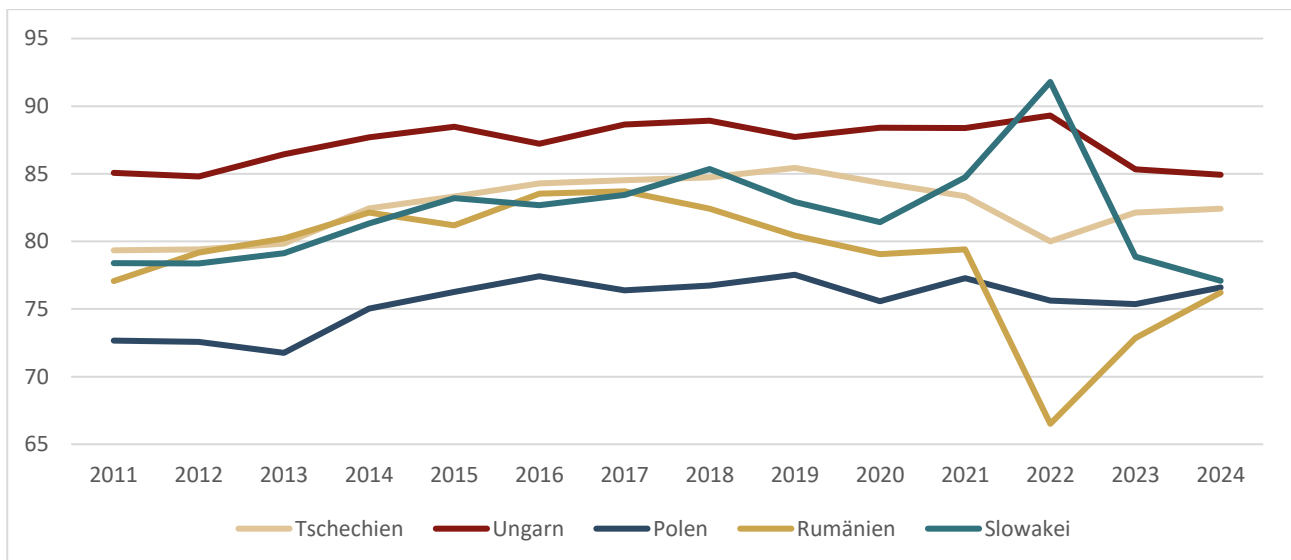
Die polnische Volkswirtschaft erweist sich als besonders konsistent mit einem stabilen Industrieanteil, flankiert von einem weit verzweigten und robusten Dienstleistungssektor, der zeitweise über 75 Prozent erreicht. Der Aufwuchs erfolgt breit, getragen durch Handel, Logistik, Finanzdienstleistungen und unternehmensnahe Dienste. Ein Binnenmarktpprofil, das Industrie und Dienstleistungen gegenseitig stabilisiert (Europäische Kommission, 2026b). Rumänien weist die stärkste strukturelle Verschiebung auf: Der DL-Anteil steigt von knapp 48 Prozent (2011) auf fast 78 Prozent (2024), ein außergewöhnlich starker Anstieg, der primär durch den deutlichen Bedeutungsverlust der Industrie und ein dynamisch wachsendes, aber heterogenes Dienstleistungscluster getragen wird, insbesondere im Softwarebereich. Rumänien entwickelt sich damit am stärksten weg von klassischen Industrieökonomien.

2.2 Verarbeitendes Gewerbe als Kern der Industrie

Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes (VG) an der Industrie unterstreicht, wie stark die betrachteten Volkswirtschaften weiterhin von klassischen industriellen Wertschöpfungsketten geprägt sind. Das verarbeitende Gewerbe bleibt der dominante industrielle Kern in allen fünf Ländern, allerdings mit spürbaren Unterschieden in Intensität, Stabilität und postpandemischer Dynamik (siehe Abbildung 2-2).

Abbildung 2-2: Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Industrie (Bruttowertschöpfung)

In Prozent, 2011 – 2024



Quelle: Eurostat, 2026, Institut der deutschen Wirtschaft

Ungarn weist über den gesamten Zeitraum hinweg einen der höchsten VG-Anteile unter den beobachteten Ländern auf. 2011 entfallen rund 85 Prozent der industriellen Bruttowertschöpfung auf das verarbeitende Gewerbe. Dieser Anteil steigt bis 2018 und 2019 auf knapp 89 Prozent an und liegt auch 2024 mit gut 85 Prozent weiterhin sehr hoch. Die ungarische Industrie ist damit nach wie vor auf produzierende Aktivitäten

ausgerichtet, während beispielsweise Versorgungsbereiche oder rohstoffnahe Tätigkeiten eine kleinere Rolle spielen.

Die Entwicklung während und nach der Pandemie bestätigt dieses Muster. Ungarns Industrie verzeichnet keinen tiefen Einbruch, aber auch keinen ausgeprägten Aufschwung. Gleichzeitig bleiben Lieferkettenprobleme, Halbleiterknappheiten und die starke Abhängigkeit von einzelnen OEMs spürbare Belastungsfaktoren (ITA, 2026). Anders als die Slowakei erlebte Ungarn keinen postpandemischen Produktionsschub, sondern eine eher zähe Erholung, in der die verarbeitende Industrie auf das Niveau von 2011 zurückfällt. Sie bleibt in Ungarn also ein tragender Teil der Wertschöpfung, doch sie ist in ihrer Zusammensetzung eng auf wenige, stark exportorientierte Segmente fokussiert.

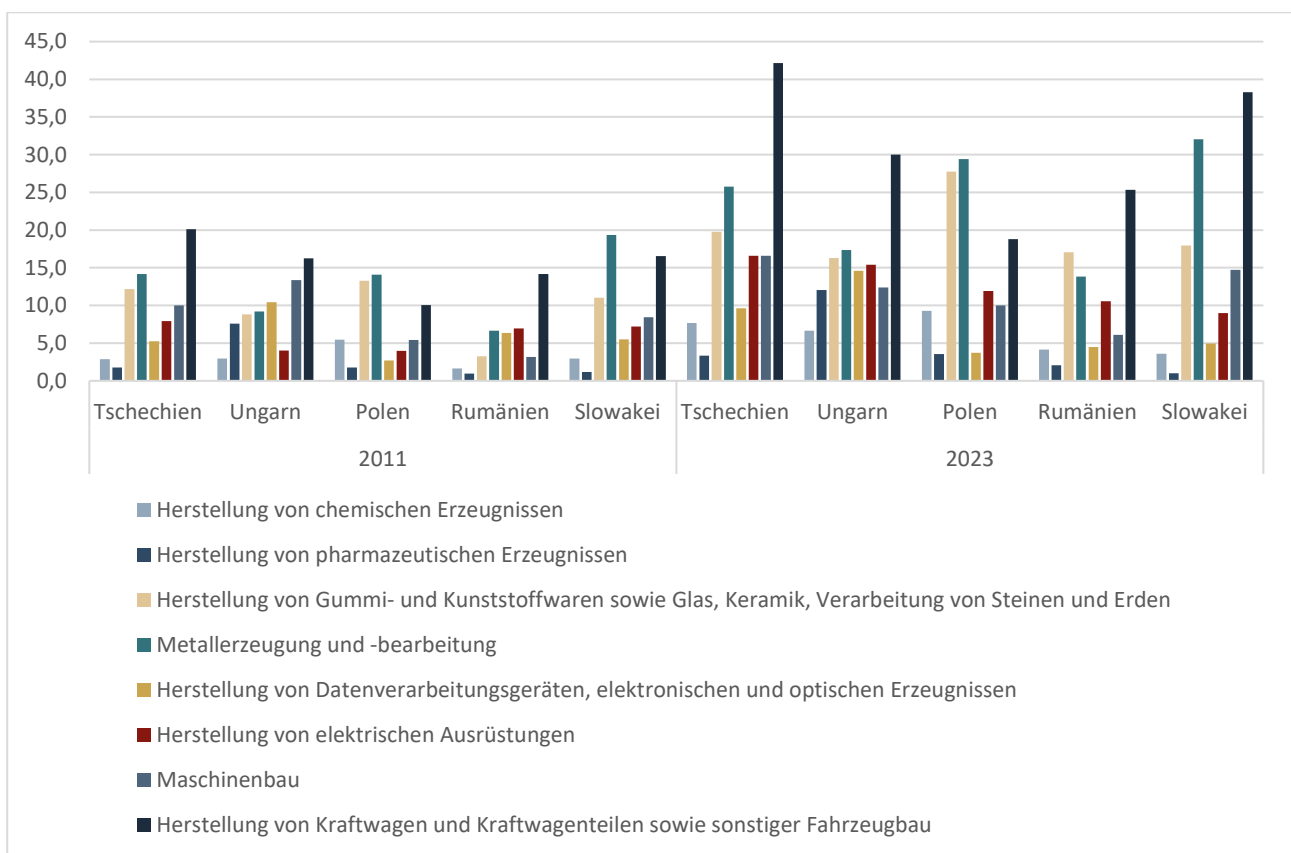
Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass die anderen mittelosteuropäischen Volkswirtschaften zwar ähnliche industrielle Strukturen aufweisen, jedoch in ihrer Dynamik unterschiedlich reagieren. Tschechien und die Slowakei verzeichnen ebenfalls hohe Anteile des verarbeitenden Gewerbes, profitieren jedoch insbesondere nach der Pandemie von einer schnelleren Normalisierung der Produktion und temporären Produktionsimpulsen. Polen weist demgegenüber ein stärker diversifiziertes industrielles Profil auf und konnte durch eine breitere sektorale Aufstellung sowie robuste binnenwirtschaftliche Nachfrage Stabilität gewinnen (Europäische Kommission 2026b). Rumänien zeigt hingegen eine höhere Volatilität, mit einem deutlichen pandemiebedingten Einbruch und einer erst verzögerten Erholung, was ebenso auf eine bestehende strukturelle Verwundbarkeit innerhalb seiner industriellen Basis hinweist (Europäische Kommission, 2026b).

2.3 Aufschlüsselung des verarbeitenden Gewerbes: Spezialisierung und Pfadabhängigkeiten

Das verarbeitende Gewerbe in Ungarn lässt sich in acht zentrale Teilbereiche nach Eurostat NACE-Kategorisierung aufschlüsseln. Ihr jeweiliger Anteil an der industriellen Wertschöpfung hat sich zwischen 2011 und 2024 entschieden verändert (siehe Abbildung 2-3). Eine Gegenüberstellung macht sichtbar, wie sich sektorale Schwerpunkte über den industriellen Aufschwung der späten 2010er Jahre hinweg verschoben haben und welche längerfristigen Muster der Spezialisierung sich in den mittelosteuropäischen Volkswirtschaften herausgebildet haben.

Abbildung 2-3: Aufschlüsselung der Anteile des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung

In Prozent, 2011 und 2023



Anmerkungen: Für Polen stehen zum Veröffentlichungszeitraum keine vergleichbaren Zahlen im Jahr 2024 zur Verfügung, deshalb wird auf das Vorjahr zurückgegriffen.

Quelle: Eurostat, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Während 2011 noch ein breiteres industrielles Fundament in allen fünf Volkswirtschaften erkennbar ist, zeigen die Werte von 2024 eine deutliche Spezialisierung auf bestimmte, technologiegetriebene Kernsegmente.

Am deutlichsten sichtbar wird diese Entwicklung im Fahrzeugbau. Tschechien und die Slowakei bauen ihre traditionelle Spezialisierung in diesem Bereich kontinuierlich aus und zählen 2024 zu den am stärksten automobilgeprägten Standorten Europas. Auch Ungarn verzeichnet einen dynamischen Ausbau, der auf hohe Investitionen, robuste Exportmärkte und die zunehmende Integration internationaler OEMs zurückzuführen ist. Polen und Rumänien expandieren ebenfalls, allerdings auf moderaterem Niveau. Insgesamt bleibt die

Fahrzeugindustrie in allen Ländern ein industrielles Gravitationszentrum mit direkter Relevanz für Beschäftigung und Exportstruktur.

Parallel dazu gewinnen Zuliefer- und Materialindustrien weiter an Gewicht. Insbesondere Gummi- und Kunststoffwaren, nichtmetallische Mineralprodukte sowie Metallerzeugnisse entwickeln sich zwischen 2011 und 2018 und stabilisieren sich auf hohem Niveau. In Ungarn und Rumänien fällt der Ausbau besonders deutlich aus. Polen und Tschechien bewegen sich weiterhin im oberen Feld europäischer Vorleistungsindustrien. Die Slowakei zeigt traditionell sehr hohe Metallanteile und bleibt in diesem Segment einer der stärksten Standorte der Region. Diese Entwicklung unterstreicht die wachsende vertikale Integration der mitteleuropäischen Produktionsketten. Immer mehr Komponenten, Materialien und Vorprodukte werden innerhalb der Region gefertigt, wodurch die industrielle Tiefe zunimmt, zugleich aber auch die funktionale Abhängigkeit von einzelnen Endbranchen wie dem Automobilsektor zunimmt.

Deutlich heterogener verläuft die Entwicklung wissensintensiverer technologischer Branchen. In Ungarn bleibt die Elektronik (daten- und signalverarbeitende Technologie) ein strukturell bedeutendes Segment, während die Elektrotechnik (energie- und anwendungsorientierte Systeme) spürbar wächst und zunehmend eine zentrale Rolle im Industriesystem einnimmt. Der Maschinenbau hingegen verliert seit 2011 an Gewicht, was Ungarn von den industriellen Profilen Tschechiens und der Slowakei unterscheidet, wo Maschinenbau, Metallverarbeitung und Fahrzeugbau weiterhin ein eng verzahntes industrielles Rückgrat bilden. In Polen und Rumänien bleibt die Entwicklung gemischt: Elektronik und Elektrotechnik zeigen phasenweise Wachstumsimpulse, während Maschinenbau und chemische Industrie je nach Land einen stabilisierenden oder ausgleichenden Beitrag leisten.

Ein zusätzlicher Trend innerhalb des Automobilsektors ist der zunehmende Einfluss der Batterie- und E-Mobilitätsproduktion, die sich statistisch überwiegend im Elektrotechniksektor sowie in Teilen der chemischen Industrie niederschlägt. Die Integration von Zellfertigung, Batteriepaketierung und E-Antriebsmodulen in bestehende Produktionsketten führt dabei nicht zu einer neuen eigenständigen Industrie, sondern wirkt als Verstärkung bestehender Spezialisierungen. Aktuelle Forschungsarbeiten aus der Wirtschaftsgeografie betonen, dass neue Investitionen in *Gigafactories* in Mitteleuropa meist bestehende Pfade vertiefen, da sie funktional unmittelbar an die klassische Fahrzeugindustrie angeschlossen sind und deren regionale Dominanz weiter festigen (Hassink, 2021). Der Übergang zur Elektromobilität wirkt damit weniger als Diversifizierungsimpuls, sondern eher als Katalysator bestehender industrieller Muster.

Die Elektrifizierung stabilisiert bestehende industrielle Muster eher, als dass sie sie aufbricht. Zwar verändert der Übergang vom Verbrennungsmotor zum elektrischen Antrieb die technische Architektur der (Vor-)Produkte, doch die räumlichen und organisatorischen Grundlagen der Wertschöpfung bleiben weitgehend erhalten. Neue Technologien greifen damit vielfach auf dieselben Strukturen zurück und verstärken die gewachsenen Produktionspfade. Ein Befund, der die transformatorische Verwundbarkeit stark spezialisierter Produktionsökonomien unterstreicht, ohne sich gegenwärtig in entsprechenden Produktivitätszuwächsen niederschlagen (Puls, 2024). Damit entsteht ein Strukturmuster, das auf den ersten Blick leistungsfähig wirkt, auf den zweiten jedoch eine zunehmend risikobehaftete Pfadabhängigkeit erkennen lässt. Eine Ökonomie, die sich stark auf einen technologisch disruptiven und politisch sensiblen Sektor stützt, reagiert grundsätzlich empfindlich auf globale Transformationsprozesse und regulatorische Verschiebungen. Die industrielle Tiefe, die in Ungarn in den vergangenen Jahren um den Automotive-Sektor entstanden ist, ermöglicht zwar kurzfristige Anpassungen, führt jedoch nicht zwangsläufig zu größerer Resilienz, sondern kann bei zu

starker Clusterabhängigkeit zusätzliche Vulnerabilitäten erzeugen.

Vor diesem Hintergrund wird in den folgenden Kapiteln zu untersuchen sein, inwieweit das *politische* System Ungarns über Standortpolitik, Innovations- und Finanzierungskapazitäten in der Lage ist, strukturelle Ungleichgewichte zu stabilisieren sowie externe Schocks abzufedern.

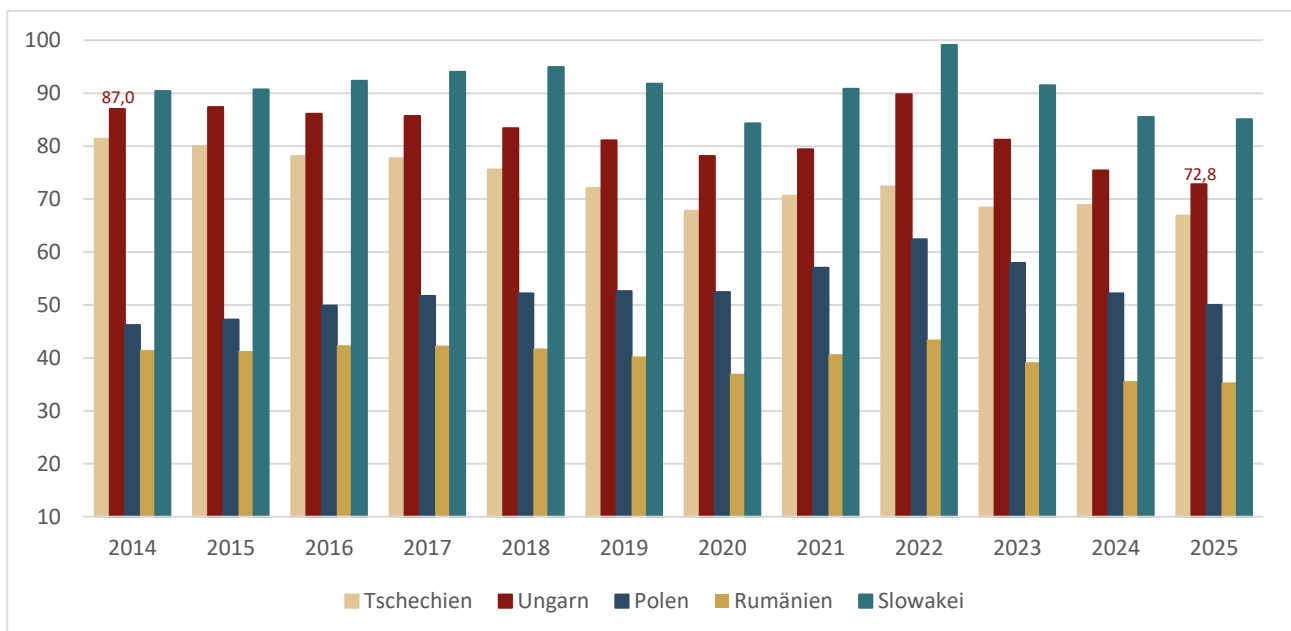
3 Außenwirtschaft und Investitionsstruktur

3.1 Exportstruktur und internationale Einbettung

Ungarns außenwirtschaftliches Profil ist seit den 2010er Jahren von einer außergewöhnlich hohen Offenheit und einer tiefen Einbettung in europäische und globale Wertschöpfungsketten geprägt. Die Entwicklung der Exportquote als Anteil des Bruttoinlandsprodukts verdeutlicht diese strukturelle Ausrichtung (siehe Abbildung 3-1). Zwischen 2013 und 2019 lagen die Exporte durchgehend auf einem sehr hohen Niveau von über 80 Prozent des BIP und erreichten 2015 mit ca. 87,5 Prozent einen Höhepunkt. Im Zuge der Pandemie kam es zu einem deutlichen Rückgang auf ca. 78 Prozent im Jahr 2020, gefolgt von einer kurzfristigen Überkompensation bis auf 89,8 Prozent im Jahr 2022. Seither ist jedoch erneut ein Rückgang zu beobachten, sodass die Exportquote 2025 nur noch ca. 72,5 Prozent beträgt.

Abbildung 3-1: Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt

In Prozent, 2014 – 2025



Quelle: Eurostat, 2026

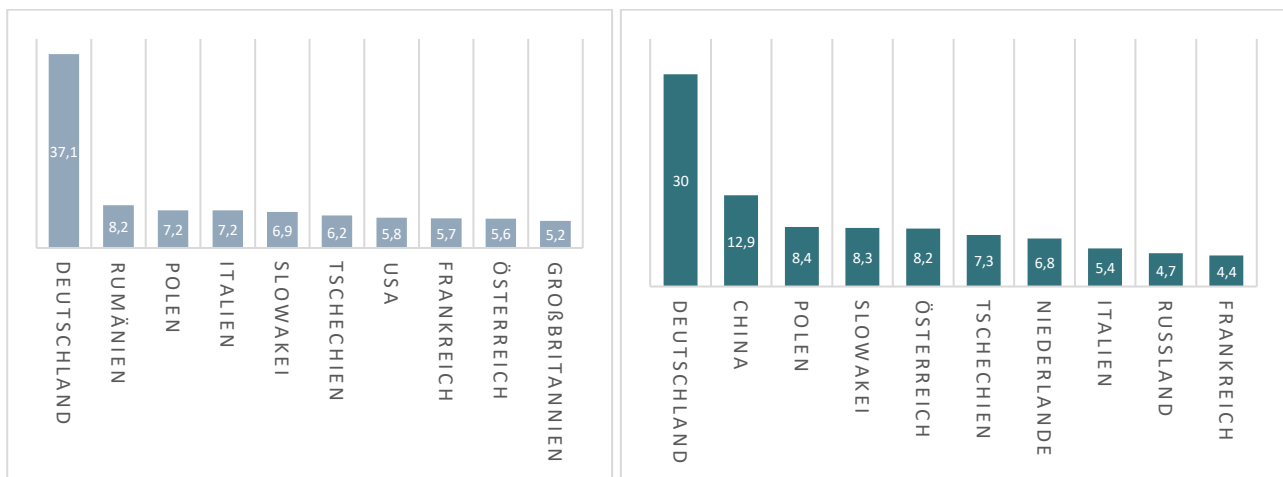
Während Polen und Rumänien mit deutlich niedrigeren Exportquoten stärker binnenwirtschaftlich orientiert sind, bewegt sich Ungarn dauerhaft auf einem sehr hohen Niveau wie die Slowakei. Gleichzeitig weist die ungarische Entwicklung eine ausgeprägtere Volatilität auf. Der Einbruch im Jahr 2020, die starke Gegenbewegung bis 2022 und der erneute Rückgang bis 2024 deuten auf eine hohe Sensitivität gegenüber externen Schocks hin. Diese Dynamik ist typisch für ein stark fragmentiertes Produktionsmodell, in dem externe

Nachfrage-, Preis- und Investitionszyklen direkt auf Produktion, Beschäftigung und Handelsbilanz durchschlagen (DUIHK, 2025).

Die hohe Exportorientierung spiegelt sich unmittelbar in der geografischen Struktur der Handelsströme wider. Es zeigt sich eine Konzentration der Exportseite auf einen zentralen Partner (siehe Abbildung 3-2). Deutschland dominiert die ungarischen Ausfuhren mit einem Exportwert von 37,1 Milliarden Euro und großem Abstand vor den übrigen Partnerländern. Dahinter folgen Rumänien mit 8,2 Milliarden, Polen und Italien mit jeweils 7,2 Milliarden sowie die Slowakei mit 6,9 und Tschechien mit 6,2 Milliarden Euro. Auch die Vereinigten Staaten sind mit 5,8 Milliarden ein relevanter Absatzmarkt, bleiben jedoch klar nachrangig gegenüber der europäischen Kernintegration. Diese Rangfolge ist konsistent mit einer arbeitsteiligen Produktionsregion in Mitteleuropa: Ungarn exportiert besonders stark in jene Volkswirtschaften, in denen Endmontage, Zulieferstufen und Absatzmärkte eng miteinander verbunden sind.

Abbildung 3-2: Wichtigste Export- und Importpartner Ungarns

Ausfuhren (links), Einfuhren (rechts), in Milliarden Euro, 2024



Quelle: Kőzponti Statisztikai Hivatal, 2026

Auf der Importseite ergibt sich ein strukturell anderes Bild. Deutschland bleibt mit rund 30 Milliarden weiterhin der wichtigste Lieferant. Besonders auffällig ist der Aufstieg Chinas, welches mit 12,9 Milliarden bereits der zweitwichtigste Importpartner ist. Dahinter folgen Polen mit 8,4, die Slowakei mit 8,3 und Österreich mit 8,2 Milliarden. Gleichzeitig gewinnen die Niederlande als logistischer Hub sowie Italien als Industriepartner an Bedeutung. Im Gegensatz dazu spielt China auf der Exportseite nur eine Nebenrolle. Daraus ergibt sich eine ausgeprägte bilaterale Asymmetrie. Ungarn ist im Absatz nach wie vor stark EU-zentriert, bezieht aber einen wachsenden Teil seiner technologieintensiven Vorleistungen aus Asien (Éltető et al., 2024).

Die Volatilität der ungarischen Exportökonomie zeigt sich auch in der aktuellen Entwicklung der Handelsbilanz. Zwar weist Ungarn weiterhin einen positiven Saldo auf, dieser hat sich jedoch zuletzt deutlich verringert. Im Februar 2026 lag der Handelsüberschuss bei 0,6 Milliarden Euro, nach rund einer Milliarde Euro im Vorjahresmonat, da die Importe in nominalen Werten (+5,9 Prozent) stärker zunahmen als die Exporte (+2,6 Prozent). Auch im kumulierten Jahresverlauf deutet sich eine Abschwächung an: Für die ersten beiden Monate des Jahres halbierte sich der Überschuss nahezu auf 957 Millionen Euro gegenüber 1,775 Milliarden

Euro im Vorjahreszeitraum. Dies deutet darauf hin, dass die Exportdynamik zunehmend preisgetrieben ist, während die reale Nachfrage schwächer ausfällt (KSH, 2026; Trading Economics, 2026).

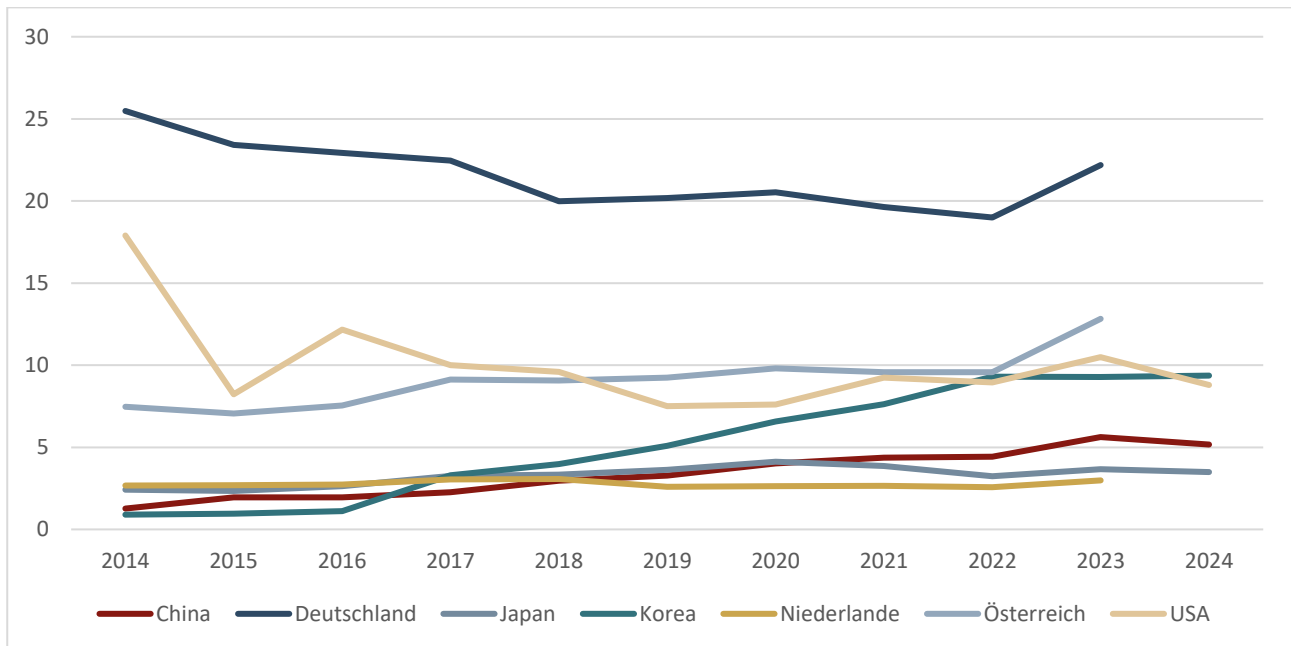
3.2 Ausländische Direktinvestitionen

Die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen verdeutlicht die strukturelle Transformation der ungarischen Volkswirtschaft seit Mitte der 2010er Jahre (siehe Abbildung 3-3). Deutschland bleibt über den gesamten Zeitraum hinweg der größte Investor und hält stabile Bestände im Bereich von über 20 Milliarden US-Dollar. Auch Österreich und die Vereinigten Staaten bilden weiterhin zentrale Säulen der Investitionsstruktur und sichern die industrielle Basis des Landes. Ungarns Wirtschaft ist folglich besonders stark von ausländischen Kapitalgebern geprägt. Europäische Investoren stellen weiterhin den deutlich größten Teil der Bestände, während die Bedeutung asiatischer Investoren spürbar zunimmt (MNB, 2026; DUIHK, 2025).

Es lässt sich jedoch eine bedeutende Verschiebung innerhalb dieser Struktur feststellen. Besonders dynamisch entwickeln sich die Bestände asiatischer Investoren. Südkorea steigert seine FDI-Bestände in Ungarn von unter 1 Milliarde US-Dollar im Jahr 2014 auf über 9 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 und gehört damit inzwischen zu den größten Investoren im Land. Auch chinesische Direktinvestitionen wachsen kontinuierlich und erreichen 2023 mit rund 5,6 Milliarden US-Dollar ihren bisherigen Höchststand. Japan bleibt ebenfalls präsent, wächst jedoch deutlich langsamer. Diese Entwicklung ist Ausdruck einer gezielten sektoralen Neuausrichtung. Während westliche Investitionen weiterhin die industrielle Basis in klassischen Branchen wie Automotive, Maschinen- und Anlagenbau tragen, konzentrieren sich asiatische Kapitalzuflüsse zunehmend auf neue Leitindustrien, insbesondere auf Batteriezellproduktion und Elektromobilität.

Abbildung 3-3: Ausländische Direktinvestitionen in Ungarn

Bestände nach Herkunftsregion, in Milliarden US-Dollar, 2014 – 2024



Anmerkungen: Inlandsperspektive nach Directional Principle, jährliche Daten, unvollständige Zeitreihe ab 2023

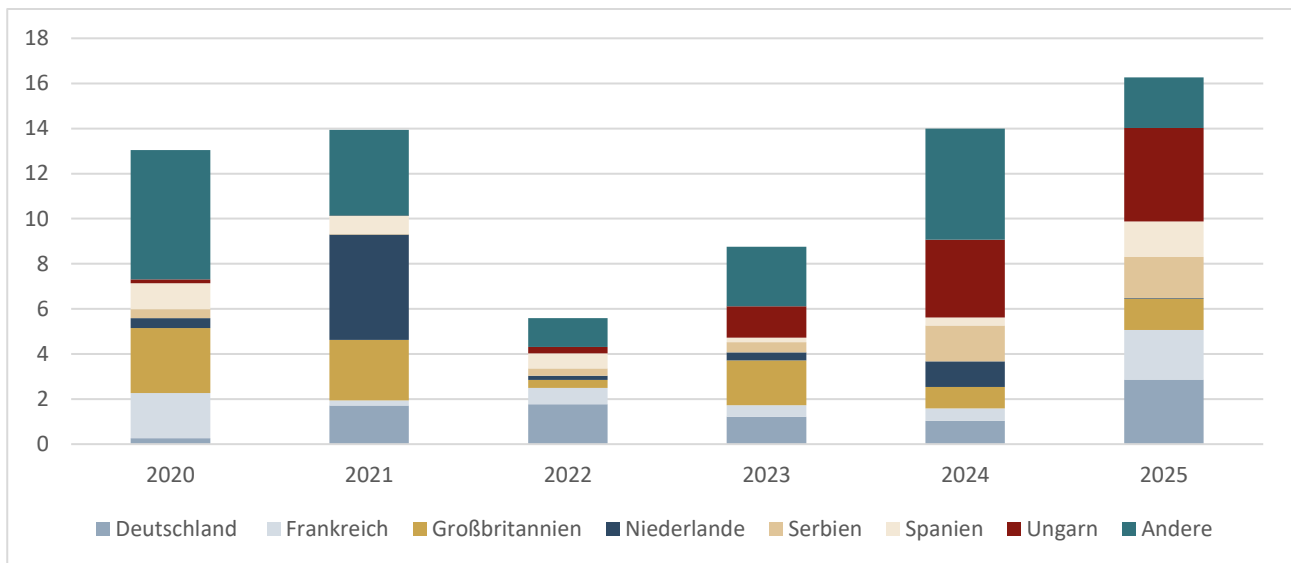
Quelle: OECD, 2026

Ungarn ist zugleich nicht mehr nur ein klassischer Industriestandort. Neben Fertigungsansiedlungen gewinnt das Land auch für Business-Service-Center, Backoffice-Funktionen sowie ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten an Bedeutung. Gerade Budapest hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang Dienstleistungsinvestitionen angezogen, etwa in IT, Buchhaltung, Administration und konzerninterne Supportfunktionen. Dies erweitert das außenwirtschaftliche Profil, ändert aber wenig an der grundsätzlichen Logik, denn auch diese Aktivitäten sind häufig Teil externer Konzernstrukturen und weniger Ausdruck eines eigenständig wachsenden heimischen Mittelstands (Gál/Lux, 2022).

Die besondere Rolle Ungarns wird im Kontext der Aufschlüsselung chinesischer Investitionen in Europa deutlich (siehe Abbildung 3-4). Der Anteil Ungarns an den chinesischen FDI steigt von marginalen Werten im Jahr 2020 auf über 4,1 Milliarden im Jahr 2025, was einem Anteil von ca. 26 Prozent entspricht. Gleichzeitig verlieren traditionelle Zielländer chinesischer FDI wie Großbritannien oder Frankreich massiv an Bedeutung. 2024 entfielen rund 31 Prozent der chinesischen FDI in Europa auf Ungarn, 2023 zeitweise sogar 44 Prozent. Diese Konzentration ist im europäischen Vergleich außergewöhnlich (Kratz et al., 2025).

Abbildung 3-4: Chinesische Direktinvestitionen nach Zielländern in Europa

In Milliarden Euro, 2020 – 2025

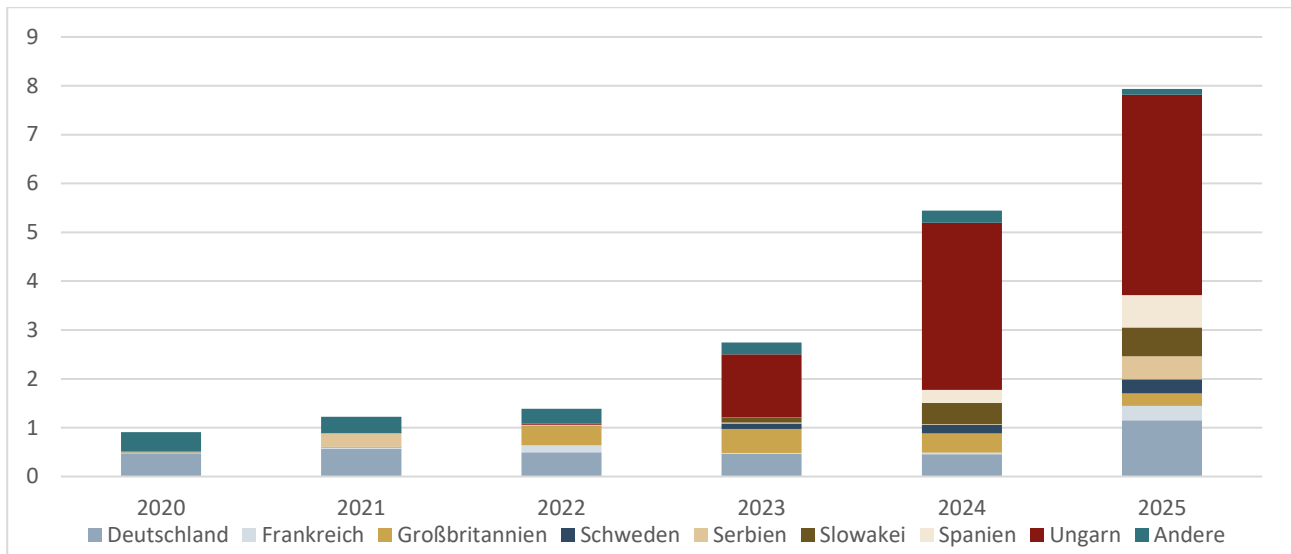


Quelle: Rhodium Group/MERICS, 2026

Noch ausgeprägter ist diese Entwicklung im europäischen Automobilsektor (siehe Abbildung 3-5). Der Anteil Ungarns an chinesischen Investitionen steigt zwischen 2020 und 2025 von nahezu null auf über 4 Milliarden und erreicht damit einen gesamteuropäischen Anteil von beträchtlichen 52 Prozent. Großprojekte von CATL, BYD, Eve Energy oder Sunwoda bündeln sich entsprechend stark in Ungarn und etablieren eine zweite, asiatisch geprägte Investitionsachse neben der tradierten um Deutschland (Kratz et al., 2025).

Abbildung 3-5: Chinesische Direktinvestitionen im Automobilsektor nach Zielländern in Europa

In Milliarden Euro, 2020 – 2025



Quelle: Rhodium Group/MERICS, 2026

Die Attraktivität des ungarischen Standorts für asiatische Investoren (und *vice versa*) beruht auf starker Offenheit, vergleichsweise niedrigen Arbeitskosten, „aktiver“ Standortpolitik, staatlicher Unterstützung und dem EU-Marktzugang. Ungarn fungiert dabei sowohl als Werkbank als auch Exportplattform in den europäischen Binnenmarkt. Ungarische Industriepolitik und EU-Handelspolitik greifen hier unmittelbar ineinander (Éltető et al., 2024; Kratz et al., 2025).

3.3 Neue Abhängigkeiten durch asiatische Investitionen

Gleichzeitig bleibt die lokale Wertschöpfungstiefe über weite Projektphasen hinweg begrenzt. Großansiedlungen erhöhen den importierten Input, bevor sich lokale Zulieferstrukturen und Spillover-Effekte verfestigen können. Untersuchungen von importierten Vorleistungen zeigen, dass ein erheblicher Teil der Wertschöpfung anfangs außerhalb Ungarns verbleibt und sich Lokalisierung tatsächlich stark verzögert (ebd.; Bloomberg, 2025). Darin zeigt sich ein zentrales Strukturmerkmal. Absatzmärkte bleiben europäisch und deutsch geprägt, während sich die Bezugsseite stärker globalisiert. Der steigende Importanteil Chinas und die wachsende Rolle Südkoreas spiegeln die Integration in batterie- und elektromobilitätsbezogene Vorleistungsketten wider, die von asiatischen Produzenten dominiert werden (ebd.).

Die Grenze dieses Exportmodells liegt in seiner geringen Breite. Ein erheblicher Teil der Exportleistung konzentriert sich auf wenige große, überwiegend ausländische Unternehmen. Unter den 50 größten Exporteuren sind 35 ausländisch, die rund ein Drittel der Ausfuhren stellen. Großunternehmen tragen rund 73 Prozent der Industrieproduktion und 80 Prozent der Exporte. Rund 63 Prozent der industriellen Wertschöpfung werden von ausländischen Unternehmen erbracht, etwa 20 Prozent durch deutsche Firmen (DUIHK, 2025). Diese Struktur zeigt sich auch konjunkturell. Die Industrieproduktion liegt 2025 rund 12 Prozent unter dem Niveau von 2022, vor allem durch einen Einbruch im Inlandsabsatz, während die Exportdynamik stabiler bleibt. Externe Nachfrageschwächen, insbesondere aus Deutschland, sowie handelspolitische Spannungen wirken damit direkt auf Produktion und Beschäftigung (ebd., GTAI, 2025).

Die Nachhaltigkeit des Investitionsschubs rückt zunehmend in den Fokus. 2024 erreichten chinesische FDI in Europa rund 10 Milliarden Euro, davon 5,9 Milliarden Greenfield-Investitionen, 83 Prozent im EV-Bereich. Gleichzeitig brach der Wert neu angekündigter Projekte ein; Anpassungen und Absagen verweisen auf steigende Unsicherheit in einem schwächeren europäischen EV-Markt (Kratz et al., 2025; Bloomberg, 2025; FT, 2025).

Darüber hinaus verweisen neuere Studien auf eine strukturelle Externalisierung der Kosten dieses Modells. Ein erheblicher Teil der Anpassungslasten wird nicht von den Investoren selbst getragen, sondern verteilt sich auf öffentliche Haushalte, Umweltressourcen sowie inländische und migrantische Arbeitskräfte. Es entstehen im Zuge der Industrialisierung überwiegend arbeitsintensive, gering qualifizierte Beschäftigungsformen mit begrenzten Lohn- und Qualifikationsperspektiven, was die langfristige Verankerung von Wertschöpfung zusätzlich einschränkt.

Die gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Spannungen dieses Modells traten im Vorfeld des ungarischen Wahlkampfes zur Parlamentswahl im April 2026 besonders zutage. Großprojekte im Batterie- und Automobilsektor haben in ländlich-konservativen Regionen zu wachsendem Widerstand geführt. Proteste richteten sich sowohl gegen Umweltbelastungen, etwa Wasserverbrauch, Bodenqualität sowie gesundheitliche Risiken, als auch gegen den steigenden Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in diesen Projekten. Bemerkenswert ist, dass diese Konflikte zunehmend in jenem politischen Milieu entstehen, das traditionell als stabile Wählerbasis der *FIDESZ*-Regierung gilt. Damit verliert die Regierung zunehmend die Deutungshoheit über ausländische Industrieansiedlungen, und mit ihr ein wichtiges Legitimationsnarrativ des Investitionsstandorts Ungarn (Balkan Insight, 2025).

Gleichzeitig verweist die zunehmende Abhängigkeit von asiatischen Arbeitskräften auf strukturelle Engpässe im ungarischen Arbeitsmarkt. Die hochskalierten Industrieansiedlungen erfordern Arbeitskräftevolumina, die durch das inländische Angebot allein kaum gedeckt werden können. Der gezielte Einsatz von Arbeitskräften aus asiatischen Drittstaaten steht dabei im Spannungsverhältnis zu gesellschaftlicher Akzeptanz und migrationspolitischer Positionierung, insbesondere in ländlichen Regionen (Heinrich-Böll-Stiftung, 2024). Diese Konfliktlinie ergänzt die ökonomischen Grenzen des Modells um eine politische Dimension: Die Kombination aus externer Kapitalabhängigkeit, begrenzter lokaler Wertschöpfung und wachsendem Arbeitskräftebedarf erzeugt nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Anpassungskosten. Damit wird die langfristige Tragfähigkeit des Modells zunehmend auch von Fragen der sozialen Akzeptanz, Arbeitsmarktintegration und der regionalen Verteilungseffekte bestimmt.

Insgesamt verdeutlicht diese Struktur eine doppelte Abhängigkeit: Während die Absatzseite weiterhin stark an den europäischen, insbesondere deutschen Markt gebunden bleibt, verschiebt sich die Investitions- und Vorleistungsseite zunehmend in Richtung asiatischer Wertschöpfungsketten. Daraus resultiert eine erhöhte Verwundbarkeit gegenüber externen Schocks, da sowohl konjunkturelle Schwankungen der deutschen Industrie als auch geopolitische und marktseitige Entwicklungen in den neuen Leitindustrien direkt auf Produktion, Investitionen und Beschäftigung durchschlagen können. Gerade diese Spannungsfelder verweisen auf die nächste analytische Ebene. In welchem Umfang es Ungarn gelingt, diese Investitionsdynamik in nachhaltige Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in eine breitere heimische Wertschöpfungsbasis zu überführen, wird entscheidend für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung sein. Ebenso stellt sich die Frage, wie Arbeitsmarkt, Demografie und Migration institutionell so ausgestaltet werden können, dass sie diese Transformation tragen, statt neue strukturelle Engpässe zu schaffen.

4 Binnenmarkt, Innovation und Produktivität

Die Analyse der Handels- und Investitionsverflechtungen im vorangegangenen Kapitel hat gezeigt, dass Ungarns Wachstumsmodell stark durch externe Nachfrage, ausländische Direktinvestitionen und internationale Wertschöpfungsketten geprägt ist. Für die langfristige Tragfähigkeit dieses Modells ist daher entscheidend, in welchem Umfang diese externe Integration in inländische Produktivität, Innovation und Wertschöpfung übersetzt wird. Da das vorangegangene Kapitel bereits auf eine begrenzte Lokalisierung ausländischer Großansiedlungen hingewiesen hat, rückt die Leistungsfähigkeit des ungarischen Binnenmarkts in den Mittelpunkt der Analyse. Der nachhaltige Rückgang der Exportquote ab Ende 2019 verweist weniger auf eine Rekonfiguration hin zu binnengetriebenem Wachstum als vielmehr auf eine geringere externe Nachfrage, die im Inland nur begrenzt kompensiert werden kann. In welchem Umfang der Binnenmarkt in der Lage ist, eigenständige Wachstumsimpulse zu generieren und externe Schocks abzufedern, hängt maßgeblich von der ungarischen Innovationsfähigkeit und Produktivitätsentwicklung ab.

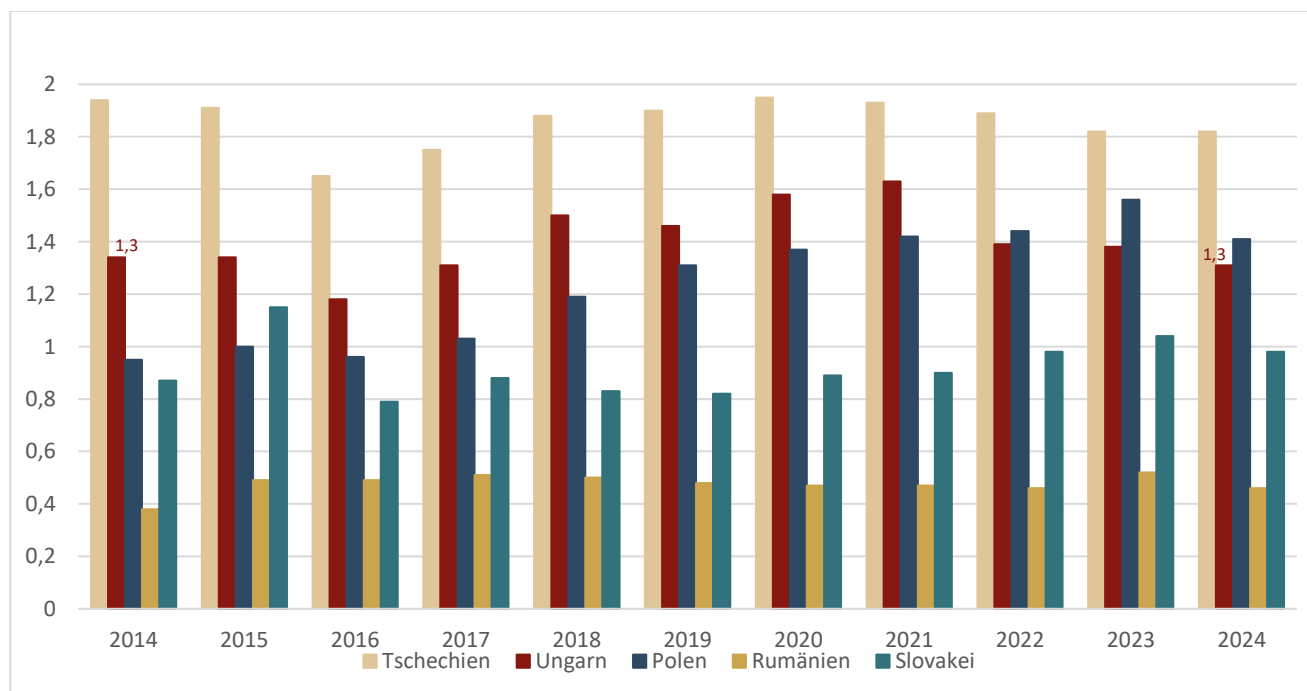
4.1 Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen im Unternehmenssektor

Für die Bewertung der Innovationsfähigkeit Ungarns ist insbesondere die Entwicklung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben (F&E) im Unternehmenssektor entscheidend. In stark export- und investitionsgetriebenen Volkswirtschaften bildet diese Größe den zentralen Indikator dafür, in welchem Umfang Innovation tatsächlich in produktions- und wettbewerbsrelevanten Strukturen verankert ist (GTAI, 2025).

Die Entwicklung der privaten F&E-Ausgaben zeigt für Ungarn seit 2014 zunächst eine ausgeprägte Aufwärtsdynamik (siehe Abbildung 4-1). Der Anteil steigt von 1,34 Prozent des BIP auf Werte von zeitweise 1,63 Prozent und signalisiert substanzielle unternehmerische Innovationsaktivitäten.

Abbildung 4-1: Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors

In Prozent des BIP, 2014 – 2024



Quelle: Eurostat, 2026

Im regionalen Vergleich verbleiben Rumänien und die Slowakei auf deutlich niedrigeren Niveaus als Tschechien und Ungarn, weisen jedoch auch geringere Schwankungen nach unten auf. Die beiden Volkswirtschaften verbleiben im Jahr 2024 mit 0,98 Prozent und 0,46 Prozent auf demselben oder einem höheren Level im Vergleich zum Pandemievorjahr 2019. Während die Entwicklung in Tschechien auf einem deutlich höheren Niveau, zwischen 1,8 und 1,9 Prozent stabil verläuft und auf eine breit verankerte Innovationsbasis hinweist, zeigt sich der weitere ungarische Verlauf deutlich volatiler. Der Anstieg der privaten F&E-Ausgaben erfolgt phasenweise sprunghaft, vor allem um das Jahr 2020. Zu diesem Zeitpunkt liegen die Innovationsausgaben um 21,6 Prozent höher als 2014, fallen anschließend allerdings wieder um 20 Prozent deutlich ab auf 1,31 Prozent des BIP. Nach einem kontinuierlichen Aufholprozess überholen die polnischen Privatinvestitionen jene Ungarns im Jahr 2022 und gewinnen seither, ebenso wie die tschechischen, weiter an Vorsprung. Diese Volatilität deutet darauf hin, dass die Innovationsaktivitäten in Ungarn in hohem Maße von einzelnen Investitionszyklen und nur wenigen großen, häufig ausländischen Unternehmen getragen werden.

Ein struktureller Hemmfaktor für die Entwicklung privater F&E-Dynamik liegt in der Ausgestaltung staatlicher Innovations- und Finanzierungsinstrumente. Empirische Analysen zum ungarischen Venture-Capital-Markt zeigen, dass öffentliche Programme private Kapitalmobilisierung teilweise verdrängen, ohne das Gesamtinvestitionsvolumen entsprechend zu erhöhen. Statt zusätzlicher Dynamik entstehen Substitutionseffekte, bei denen staatliche Mittel private Investitionen ersetzen (Kállay/Jáki, 2020).

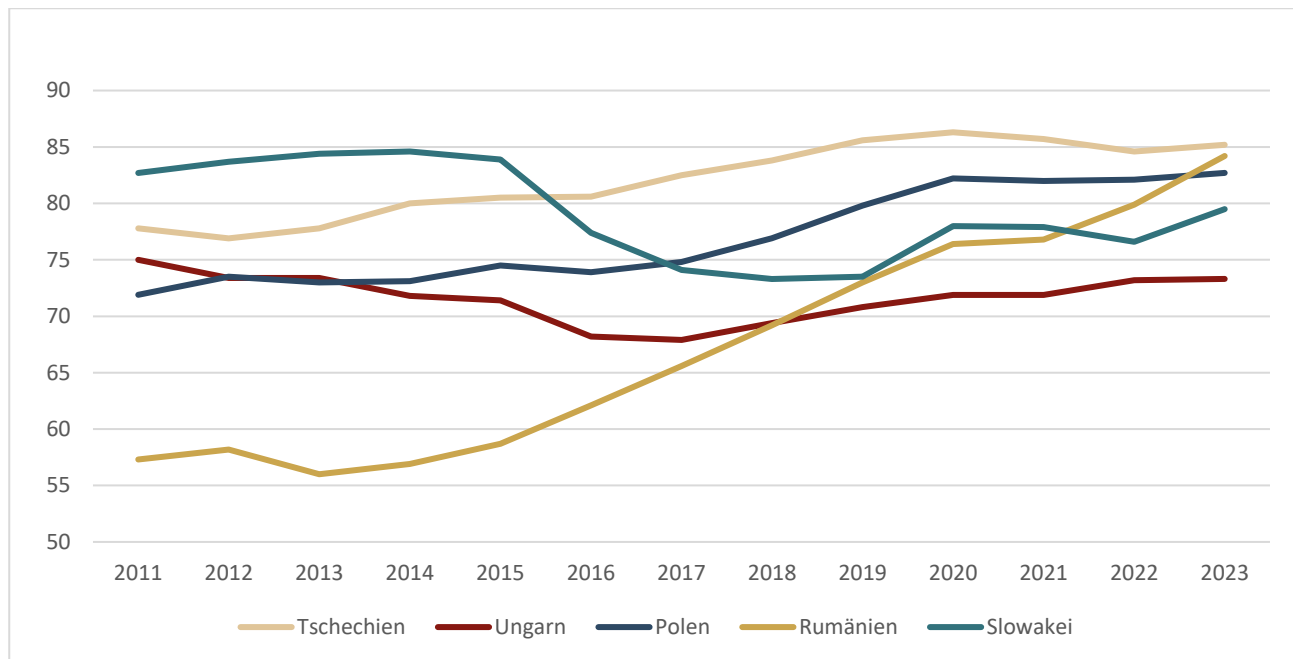
Diese Befunde spiegeln sich auch makroökonomisch wider. Investitionszyklen verlaufen in Ungarn eng entlang der Verausgabung von EU-Mitteln: Rückgänge gehen mit Investitionsschwächen einher, neue Förderperioden mit Investitionsschüben. Private Investitions- und Innovationsaktivitäten werden damit weniger kontinuierlich als vielmehr durch öffentlich vermittelte Impulse getrieben. Im innovationsnahen Bereich führt dies zu verzerrten Anreizen. Unternehmen orientieren sich stärker an Förderprogrammen als an marktbedingten Innovationsbedarfen. Die Folge sind geringere Eigenständigkeit privater F&E-Aktivitäten und eine eher projektgetriebene als kontinuierliche Innovationsdynamik (Europäische Kommission, 2025a). Insgesamt ist Ungarn kein reiner Niedrigkostenstandort mehr, sondern verfügt über relevante unternehmensgetriebene Innovationsaktivitäten. Diese bleiben jedoch strukturell konzentriert und entfalten nur begrenzt Breitenwirkung im Binnenmarkt.

4.2 Arbeitsproduktivität als Ergebnisindikator und Lohnstückkosten

Inwiefern sich jedoch die festzustellenden Innovationsanstrengungen in nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersetzen, zeigt sich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität im gesamteuropäischen Vergleich (siehe Abbildung 4-2).

Abbildung 4-2: Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätigen

In Prozent des EU-27 Durchschnitts, 2011 – 2023



Quelle: Eurostat, 2026

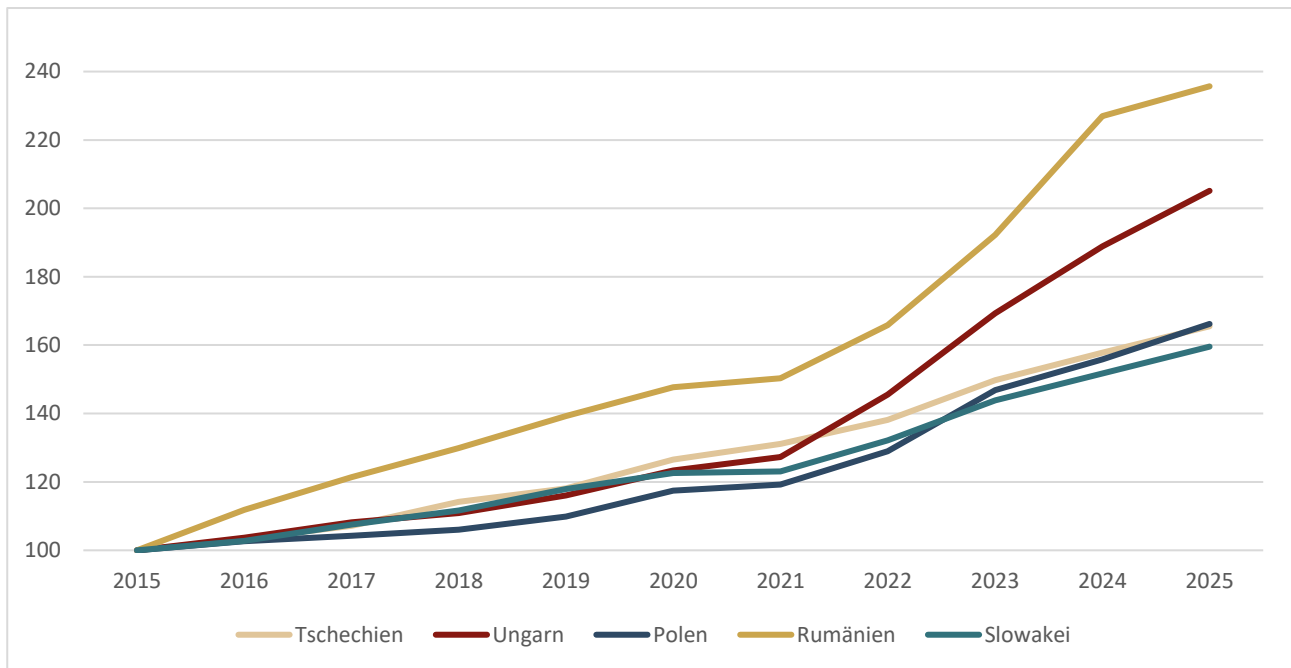
Ungarns Arbeitsproduktivität stagniert über längere Phasen mit einem zeitweisen Absinken auf unter 68 Prozent des EU-Durchschnitts und liegt im Jahr 2023 um 2,7 Prozent niedriger als 2011. Damit ist Ungarn mit Abstand das schwächste Land der Vergleichsgruppe. Währenddessen verzeichnen andere Länder deutliche Aufholprozesse. Polen steigert seine Produktivität kontinuierlich und nähert sich mit über 82 Prozent des EU-Niveaus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften an. Rumänien zeigt die stärkste Dynamik und verbessert sich von rund 57 Prozent auf über 84 Prozent, womit es Ungarn inzwischen überholt. Tschechien steigert sich ebenfalls von 77 Prozent auf über 85 Prozent des EU-27-Durchschnitts und fungiert als regionale Benchmark, während die Slowakei nach zwischenzeitlichen Rückgängen wieder moderat auf rund 79 Prozent zulegt und damit einen ähnlichen Verlauf wie Ungarn, wenn auch auf höherem Niveau verzeichnet. Schließlich verliert Ungarn vor allem gegenüber der Produktivität der Transformationsökonomien Rumäniens und Polens an Boden.

Die Diskrepanz zwischen steigenden F&E-Ausgaben und schwacher Produktivitätsentwicklung deutet erneut darauf hin, dass Innovationsaktivitäten nur begrenzt in breite Effizienzgewinne und strukturelle Aufwertung übersetzt werden. Wie bereits festgestellt, führen die starke Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten und steigende Innovationsausgaben nicht automatisch zu proportionalen Produktivitätsgewinnen. Vielmehr verbleibt ein erheblicher Teil der Wertschöpfung in weniger wissensintensiven Segmenten, während höherwertige Aktivitäten nur begrenzt wachsen.

Diese Entwicklung wird zusätzlich durch die Dynamik der Lohnstückkosten sichtbar, die das Verhältnis von Lohnentwicklung und Produktivität abbilden und damit einen zentralen Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit darstellen (siehe Abbildung 4-3).

Abbildung 4-3: Nominale Lohnstückkosten, auf Basis geleisteter Arbeitsstunden, 2015=100

2015 – 2025



Quelle: Eurostat, 2026

Zwar ist in allen betrachteten Volkswirtschaften ein deutlicher Anstieg der nominalen Lohnstückkosten im regionalen Vergleich zu verzeichnen, jedoch mit erheblichen Unterschieden im Ausmaß. Während Tschechien, Polen und die Slowakei bis 2025 Zuwächse von rund 60 bis 65 Prozent verzeichnen, fällt der Anstieg in Ungarn mit etwa 105 Prozent deutlich stärker aus. Besonders ausgeprägt ist die Dynamik in Rumänien, wo sich die Lohnstückkosten im selben Zeitraum um rund 135 Prozent erhöhen. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass in Ungarn die Lohnzuwächse deutlich stärker ausfallen als die zugrunde liegende Produktivität. Dies spricht für eine zunehmende Belastung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere in binnenorientierten Sektoren, und verstärkt gleichzeitig den strukturellen Preisdruck innerhalb der Volkswirtschaft, was in den nachfolgenden Kapiteln im Detail analysiert wird.

4.3 Binnennachfrage und Rolle der *Non-Tradeable* Sektoren

Die begrenzte Übersetzung von Exportstärke und Innovationsinput in Produktivitätsgewinne ist eng mit der sektoralen Struktur der ungarischen Wirtschaft verknüpft. Einen zentralen analytischen Zugang liefert die Unterscheidung zwischen exportorientierten (*tradeable*) und binnenorientierten (*non-tradeable*) Sektoren und Gütern. Exportorientierte Industrien, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, sind stark in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden, weisen je nach Fertigungsschritt stabile Produktivität auf und unterliegen intensivem Wettbewerbsdruck. In diesen Bereichen entstehen auch die meisten unternehmensgetriebenen F&E-Aktivitäten. Demgegenüber stehen binnenorientierte Sektoren wie Telekommunikation,

Medien, Bauwirtschaft, Bankwesen sowie Groß- oder Einzelhandel. Diese *non-tradeable* Bereiche sind geringerer internationaler Konkurrenz ausgesetzt, werden in Ungarn politisch abgeschirmt, teilweise „renationalisiert“ und erzeugen eine niedrigere Produktivitätsdynamik. Sie sind stärker anfällig für institutionelle Verzerrungen, politisch beeinflusste Allokationsentscheidungen und reduzierte Wettbewerbsintensität (Sikos, 2022; Donnat, 2023).

Die strukturelle Dualität begrenzt die Diffusion von Innovationen in die Breite der Wirtschaft. Produktivitätsgewinne bleiben auf exportstarke industrielle Kerne konzentriert, während große Teile des Binnenmarkts nur begrenzt daran partizipieren. Damit ergibt sich auch ein Zusammenhang zu den Preisentwicklungen. In weniger wettbewerbsintensiven *non-tradeable* Sektoren können sich Kostensteigerungen leichter in höheren Preisen niederschlagen, da der disziplinierende Effekt internationaler Märkte fehlt. Gleichzeitig können durch politische Eingriffe hervorgerufene Marktverzerrungen diese Dynamik zusätzlich verstärken. In diese Logik lassen sich auch die Allokationsauswirkungen der öffentlichen Nachfrage einordnen. Öffentliche Nachfrage und staatlich gesteuerte Investitionskanäle spielen in Ungarn eine besonders große Rolle. So macht das öffentliche Beschaffungsvolumen rund ein Drittel der Staatsausgaben und einen zweistelligen Anteil am BIP aus, während der Wettbewerb in Vergabeverfahren vergleichsweise gering ist (OECD, 2024). Die Bedeutung staatlicher Nachfrage fügt sich in ein Muster zyklischer Investitionsdynamik ein. Investitionstätigkeit und Wachstum verlaufen eng entlang der EU-Förderperioden, wodurch öffentliche Mittel häufig taktgebend wirken (Europäische Kommission, 2025a).

Für die vorliegende Analyse ist dieser Zusammenhang vor allem als struktureller Hinweis relevant. Die konkrete Ausprägung sowie Ursächlichkeit von Preisentwicklungen, insbesondere im Kontext von Inflation und staatlichen Eingriffen, werden im abschließenden Analysekapitel näher untersucht.

5 Demografie, Migration und Fachkräfteangebot

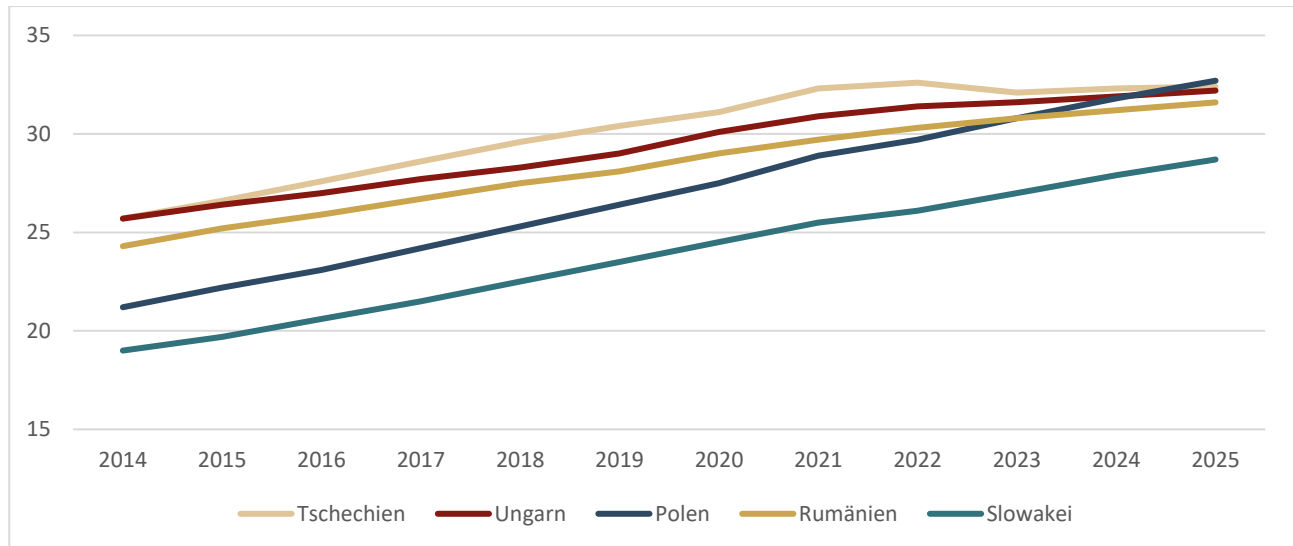
5.1 Demografische Entwicklung und Alterung

Bevor die fiskalische Perspektive vertieft wird, soll ein weiterer maßgeblicher Produktivitätsfaktor beleuchtet werden, nämlich die demografische und arbeitsmarktpolitische Entwicklung Ungarns und seiner mittelost-europäischen Nachbarn. Ungarns Demografie ist durch eine besonders ausgeprägte Alterungsdynamik gekennzeichnet. Das Medianalter steigt von 40,1 Jahren im Jahr 2011 auf 44,8 Jahre in 2025 und liegt damit am oberen Ende der Vergleichsgruppe. Zwar verzeichnen auch Tschechien (39,8 zu 44,3), Polen (38,2 zu 43,4), Rumänien (40,1 zu 44,1) und die Slowakei (37,4 zu 43,0) eine deutliche Alterung, doch fällt der Anstieg in Ungarn sowohl absolut als auch relativ am stärksten aus (Eurostat, 2026).

Die Dynamik der Alterung lässt sich auch im Altenquotienten deutlich ablesen. Dieser misst das Verhältnis der Bevölkerung ab 65 Jahren zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren und gibt damit an, wie viele ältere Personen auf potenziell 100 Erwerbsfähige entfallen (siehe Abbildung 5-1). In Ungarn steigt dieser Wert von 25,7 im Jahr 2014 auf 32,2 im Jahr 2025. Damit erhöht sich der Altenquotient binnen elf Jahren um 6,5 Prozentpunkte – ähnlich dynamisch wie in Tschechien (25,7 zu 32,4 Prozent), Polen (21,2 zu 32,7 Prozent) und Rumänien (24,3 zu 31,6 Prozent).

Abbildung 5-1: Altenquotient, Bevölkerung von 65 Jahren und mehr bezogen auf die Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren

In Prozent, 2014 – 2025



Quelle: Eurostat, 2026

Die ungarische Bevölkerung ist seit 1990 von rund 10,4 auf unter 9,6 Millionen Menschen geschrumpft. Trotz kostspieliger familienpolitischer Maßnahmen, darunter steuerliche Anreize, Wohnbauförderung und direkte Transfers, ist es dem Staat bislang nicht gelungen, die Fertilitätsrate nachhaltig zu stabilisieren. Die Geburtenrate bleibt unter dem Bestandserhaltungsniveau, die Alterung schreitet fort. Im Ländervergleich ist diese Entwicklung kein ungarisches Spezifikum, jedoch setzt der Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in Ungarn früher ein und wird durch Rückkehrmigration nur begrenzt kompensiert (KSH, 2026; ODI Europe, 2025).

Insgesamt hat sich in den letzten Jahren der Nettoabwanderungstrend in den Visegrádländern relativiert. Gleichwohl bleibt die Abwanderung ungarischer Staatsbürger ein zentrales Thema, da insbesondere junge und gut qualifizierte Erwerbstätige weiterhin in westliche EU-Länder migrieren, vor allem nach Deutschland und Österreich. Besonders betroffen sind Gesundheitsberufe, technische Fachkräfte und nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU auch wieder verstärkt Akademiker. Die Abwanderung verstärkt den Fachkräftemangel im Inland und begrenzt die Realisierung von Produktivitätsgewinnen (Europäische Kommission, 2025c). Diese Entwicklung ist ökonomisch besonders relevant, weil sie mit einem bereits angespannten Arbeitsmarkt und einem stark produktionsgetriebenen Wachstumsmodell zusammenfällt. Während andere Länder teilweise durch dynamischere Produktivitätsgewinne oder größere Arbeitskräftepotenziale kompensieren können, trifft die Alterung in Ungarn auf eine geringe endogene Wachstumsdynamik.

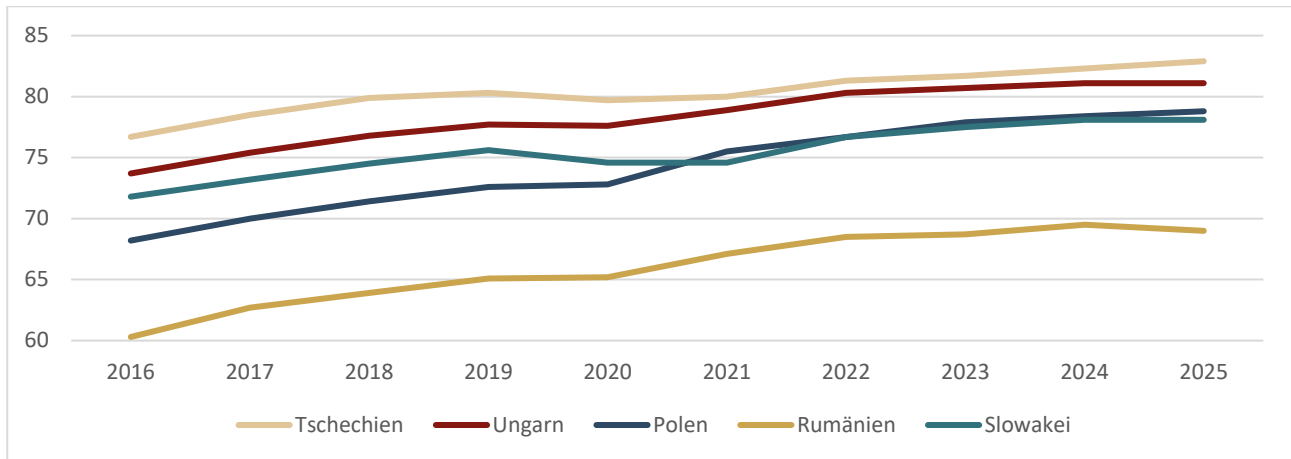
Ein entscheidender Puffer gegen eine erneute Nettoabwanderung war in den vergangenen Jahren die Zuwanderung aus Nachbarstaaten, insbesondere aus der Ukraine. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges 2022 ist Ungarn ein wichtiges Transit- und Aufnahmeland für ukrainische Schutzsuchende. Ein erheblicher Teil dieser Personen ist zwar weiter in andere EU-Staaten gezogen, dennoch verbleiben Zehntausende im Land. Diese Zuwanderung stabilisiert kurzfristig die Bevölkerungsbilanz, ohne die Fachkräftebasis strukturell zu verbreitern (ebd.).

5.2 Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigungsquote Ungarns hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht (siehe Abbildung 5-2). Zwischen 2016 und 2025 steigt sie von 73,7 auf ca. 81,0 Prozent und nähert sich damit dem Niveau Tschechiens (82,9) an. Ungarn liegt damit klar vor Polen (78,8), der Slowakei (78,1) und Rumänien (69,0).

Abbildung 5-2: Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren

In Prozent, 2016 – 2025



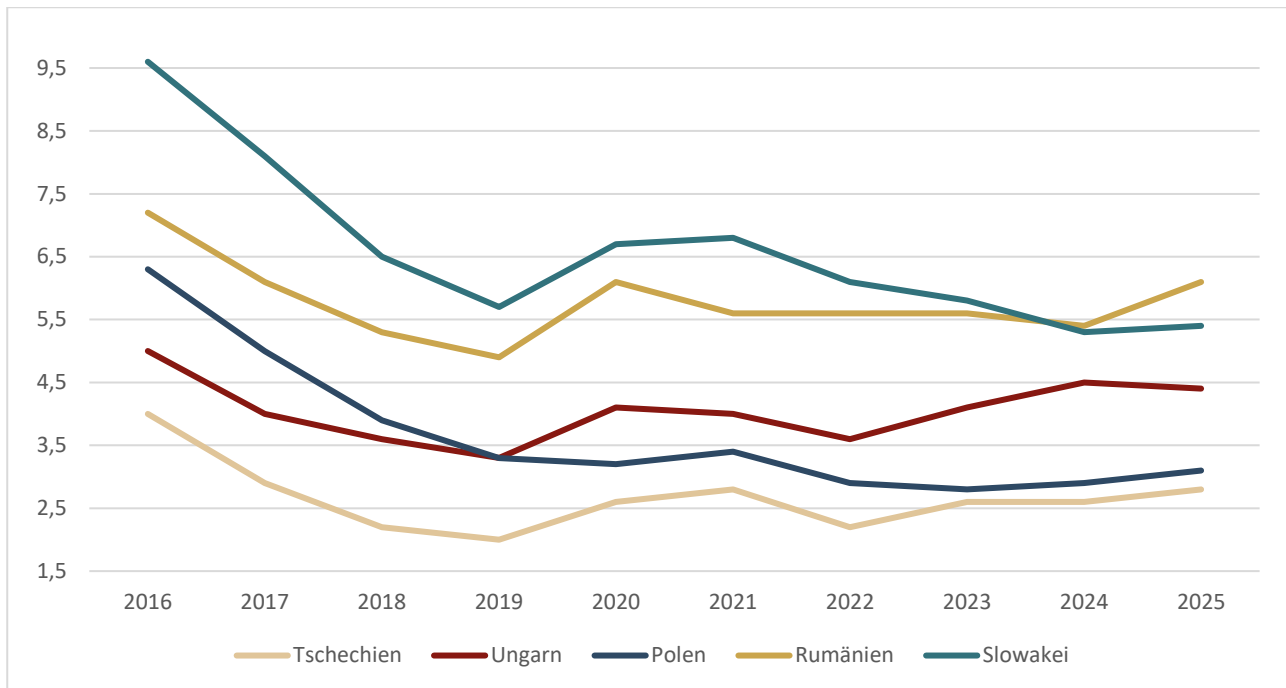
Quelle: Eurostat, 2026

Dieser Anstieg ist jedoch nicht ausschließlich Ausdruck einer endogenen Arbeitsmarktdynamik, sondern geht maßgeblich auf eine aktive arbeitsmarktpolitische Neuausrichtung zurück. Bereits zu Beginn der 2010er Jahre setzte die Regierung auf eine Kombination aus restriktiver Sozialpolitik und aktivierenden Maßnahmen. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wurde auf drei Monate verkürzt, öffentliche Beschäftigungsprogramme massiv ausgeweitet und Sozialleistungen stärker an Arbeitsbereitschaft geknüpft (OECD, 2021).

Diese Politik erwies sich als effektiv. Die Arbeitslosenquote sank auf 5,0 Prozent im Jahr 2016, 3,3 Prozent in 2019 und bleibt auch danach auf relativ niedrigem Niveau, ehe sie ab 2022 wieder leicht von 3,6 auf 4,4 Prozent im Jahr 2025 ansteigt (siehe Abbildung 5-3). Zu diesem Zeitpunkt lag Ungarn unter Rumänien (6,1) und der Slowakei (5,4), aber über Polen (3,1) und Tschechien (2,8).

Abbildung 5-3: Arbeitslosenquote (15 bis 74 Jahre)

In Prozent, 2016 - 2025



Quelle: Eurostat, 2026

Gleichzeitig spricht vieles dafür, dass diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nur begrenzte Übergänge in reguläre Beschäftigung erzeugen und teilweise mit niedriger Produktivität verbunden sind (Miklós et al., 2020). Die starke Zunahme der Erwerbsquote beruht damit in erheblichem Maße auf der Mobilisierung vorhandener Arbeitskräfte und weniger auf einer strukturellen Ausweitung produktiver Beschäftigung.

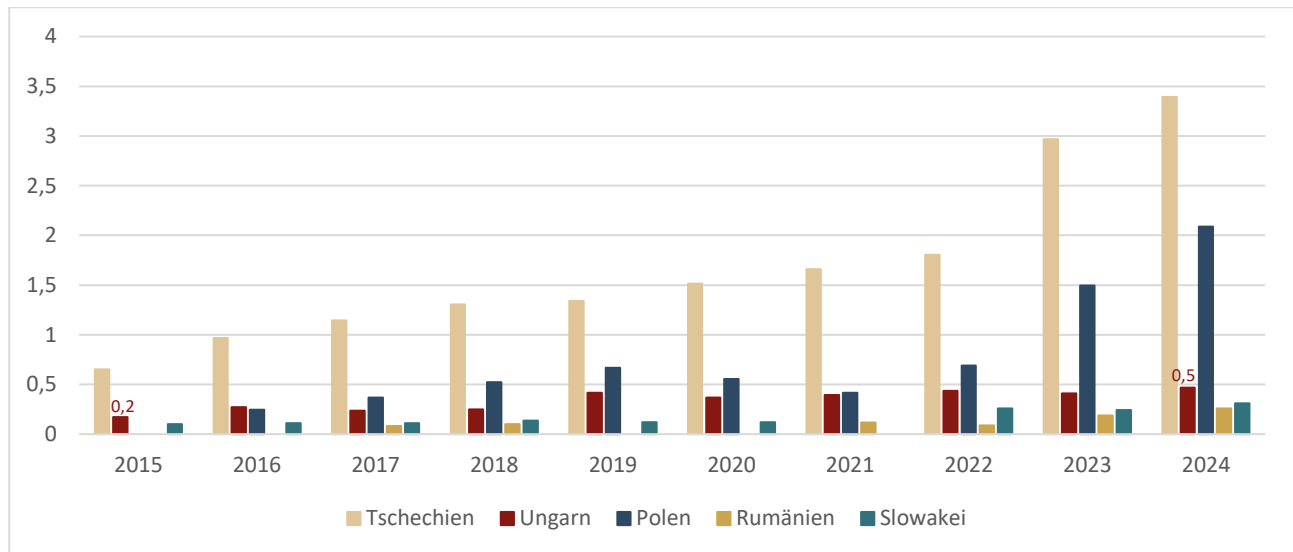
5.3 Arbeitsmarkt, Zuwanderung und Einstellungen zu Migration

Die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote zeigen deutlich, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial heute weitgehend ausgeschöpft ist. Zusätzliche Beschäftigungsgewinne lassen sich kaum noch ohne Zuwanderung realisieren, insbesondere nicht in industriellen Kernsektoren wie Fahrzeugbau, Batterieproduktion und Logistik.

Vor diesem Hintergrund gewinnt Arbeitsmigration strukturell an Bedeutung. Parallel zur restriktiven politischen Rhetorik seit Beginn der zweiten Orban-Regierungszeit hat Ungarn seine arbeitsmarktbezogene Zuwanderung in den letzten Jahren sehr vorsichtig ausgeweitet. Der Anteil von Nicht-EU-Staatsbürgern an den Erwerbstätigen steigt von 0,17 Prozent im Jahr 2015 auf 0,47 Prozent im Jahr 2024 (siehe Abbildung 5-4). Der Anstieg ist damit zwar sichtbar, bleibt aber im Ländervergleich sehr begrenzt. Tschechien steigt im gleichen Zeitraum von 0,65 auf 3,39 Prozent, Polen von 0,24 (2016) auf 2,09 Prozent, während die Slowakei 0,31 Prozent erreicht.

Abbildung 5-4: Anteil Nicht-EU-Staatsbürger an Erwerbstätigen

In Prozent, 2015 – 2024



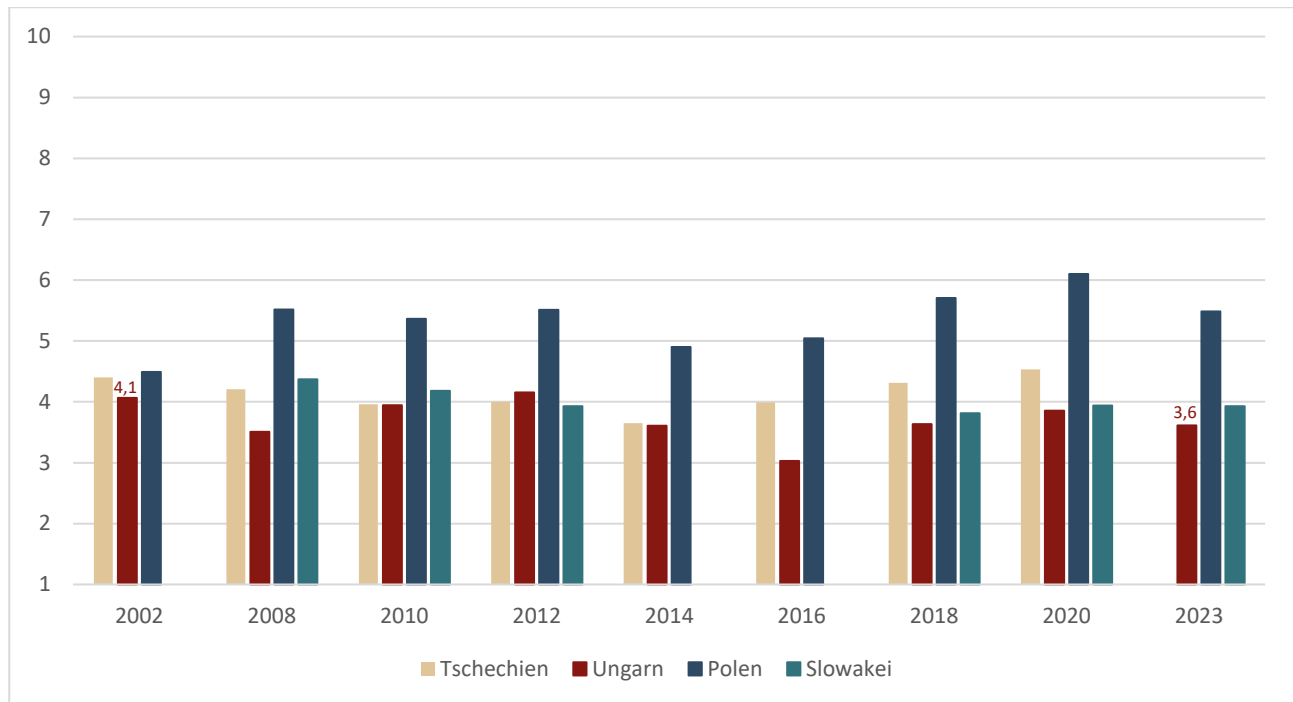
Quelle: Eurostat, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Diese Entwicklung ist umso auffälliger, als die volkswirtschaftliche Notwendigkeit von Zuwanderung zunimmt. Gleichzeitig bleiben die gesellschaftlichen Einstellungen, analog zur Regierungsposition, gegenüber Migration im Allgemeinen eher negativ. Im Zuge der repräsentativen Umfragen des European Social Survey (ESS) wurden die Einwohner der Visegrádländer alle zwei Jahre unter anderem dazu befragt, ob die Zuwanderung gut oder schlecht für die Wirtschaft ihres Landes sei (siehe Abbildung 5-5).

Dabei fällt Ungarn im regionalen Vergleich durch besonders niedrige Zustimmungswerte auf. Der Wert sinkt von 4,2 im Jahr 2012 drastisch um fast 30 Prozent auf 3,03 im Jahr 2016, steigt bis 2020 noch einmal auf 3,85 an und fällt im Anschluss erneut auf 3,61. Gegenüber 2012 entspricht dies immer noch einem Rückgang von fast 15 Prozent. Polen erreicht 2020 einen Rekordwert von 6,1 und schließt die Zeitreihe 2023 mit einem Wert von ca. 5,5 auf der Antwortskala ab. Das Land lag bei der Erhebung dieses spezifischen Items als „zuwanderungsfreundlichstes“ der verglichenen Länder stets um durchschnittlich ca. 60 Prozent höher als Ungarn. Tschechien zeigt zu Beginn einen ähnlichen Verlauf an, lag um 2020 mit einem durchschnittlichen Wert von 4,53 wieder deutlich höher als Ungarn. Die Werte der slowakischen Bevölkerung liegen ebenso stets am unteren Ende des Ländervergleichs, verbleiben seit 2018 jedoch relativ über denen des Schlusslichts Ungarn. Der einzige für Rumänien verfügbare Datenpunkt in der ESS-Zeitreihe liegt 2008 bei 5,3 (ESS, 2026).

Abbildung 5-5: Öffentliche Einstellungen zu Migration

2002 – 2023



Anmerkungen: „Würden Sie ganz allgemein sagen, dass es für die Wirtschaft [Deutschlands] schlecht oder gut ist, wenn Menschen aus anderen Ländern herkommen, um hier zu leben?“, 0 = „Schlecht für die Wirtschaft“ bis 10 = „Gut für die Wirtschaft“, unvollständige Zeitreihe für Tschechien und Slowakei

Quelle: European Social Survey, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Diese Skepsis steht in einem wachsenden Spannungsverhältnis zu den Realitäten in Bezug auf Arbeitsmarkt und Demografie. Während Ungarn angesichts alternder Bevölkerung, hoher Erwerbsquote und niedriger Arbeitslosigkeit zunehmend ausländische Arbeitskräfte benötigt, bleibt die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber dem ökonomischen Nutzen von Zuwanderung schwach.

Ungarn hat seine Erwerbsquote seit den 2010er Jahren erfolgreich erhöht und die Arbeitslosigkeit stark gesenkt. Dieser Erfolg war jedoch zu einem erheblichen Teil politisch induziert und mobilisierte vor allem vorhandene inländische Reserven. Heute ist dieses Modell weitgehend ausgereizt. Anders als Tschechien oder zunehmend auch Polen verbindet Ungarn die hohe Arbeitsmarkttension bislang nicht mit einer entsprechenden Öffnung gegenüber Drittstaatsangehörigen. Im Zusammenspiel mit den Ergebnissen der vorangegangenen Kapitel verstärkt diese Konstellation die strukturelle Abhängigkeit von einem arbeitsintensiven, exportproduktionsgetriebenen Wachstumsmodell, und zugleich dessen Anfälligkeit. Ohne eine breitere Öffnung gegenüber qualifizierter Zuwanderung und ohne nachhaltigere Integration drohen demografische Engpässe langfristig zu einem zentralen Standortnachteil zu werden.

6 Fiskalpolitik, EU-Mittel und staatlicher Interventionismus

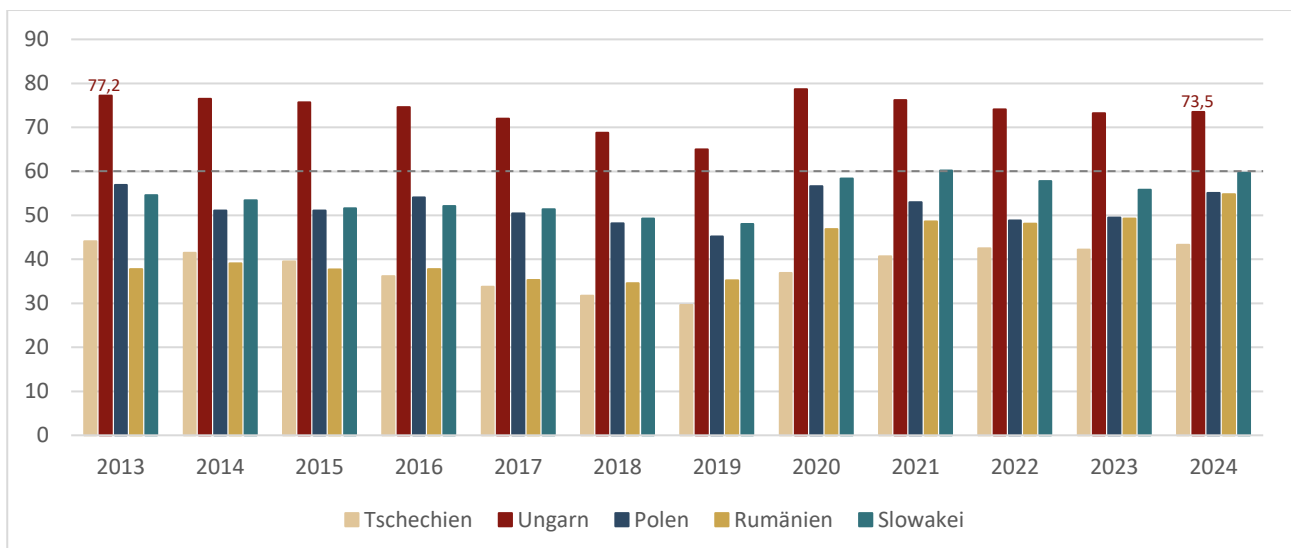
6.1 Staatsschulden und Defizite

Die fiskalische Entwicklung Ungarns seit Mitte der 2010er Jahre ist von einem doppelten Spannungsverhältnis geprägt. Einerseits gelang es der Regierung lange, politische Stabilität, Konsum und Investitionen durch eine aktive Rolle des Staates zu stützen. Andererseits wurde dieses Modell in hohem Maße von externen und temporären Stützen getragen, nämlich hohen ausländischen Direktinvestitionen, umfangreichen EU-Mitteln und günstigen Finanzierungsbedingungen. Gerade diese Faktoren kaschierten über Jahre strukturelle Defizite des Standorts. Seit der Pandemie, dem Inflationsschock und dem Einfrieren erheblicher EU-Mittel treten diese Schwächen jedoch deutlich offener zutage. Die fiskalische Frage lautet damit nicht mehr nur, ob Ungarn kurzfristig handlungsfähig bleibt, sondern ob der Staat seine Stabilisierungspolitik noch zu tragbaren Kosten finanzieren kann. Die ungarische Fiskalpolitik wird zunehmend zum Kristallisationspunkt der *Orbanomics*: hohe Exekutivsteuerung, politisierte Allokation und kurzfristige Steuerungsfähigkeit auf Kosten langfristiger Glaubwürdigkeit (Spotdata, 2026; Kaiser, 2026).

Ein Blick auf die Entwicklung der Staatsverschuldung zeigt zunächst, dass Ungarn mit einer deutlich ungünstigeren Ausgangslage in die jüngeren Krisenjahre gegangen ist als die behandelten Vergleichsländer (siehe Abbildung 6-1). 2013 lag die Bruttoverschuldung des Staates in Ungarn bei 77 Prozent des BIP. Bis 2019 sank sie im Zuge einer realen Konsolidierung schrittweise auf 65 Prozent. Tschechien reduzierte seine Quote im gleichen Zeitraum von 44 auf 30 Prozent, Polen von 60 auf 45 Prozent, Rumänien bewegte sich 2019 sogar bei nur 35 Prozent. Die Slowakei lag bei 48 Prozent. Schon vor der Pandemie war Ungarn damit der am höchsten verschuldete Staat in dieser Vergleichsgruppe.

Abbildung 6-1: Staatsverschuldung

In Prozent des BIP, 2013 – 2024



Anmerkungen: Die gestrichelte graue Linie gibt das Maastricht-Kriterium (60-Prozent) wieder

Quelle: Eurostat, 2026

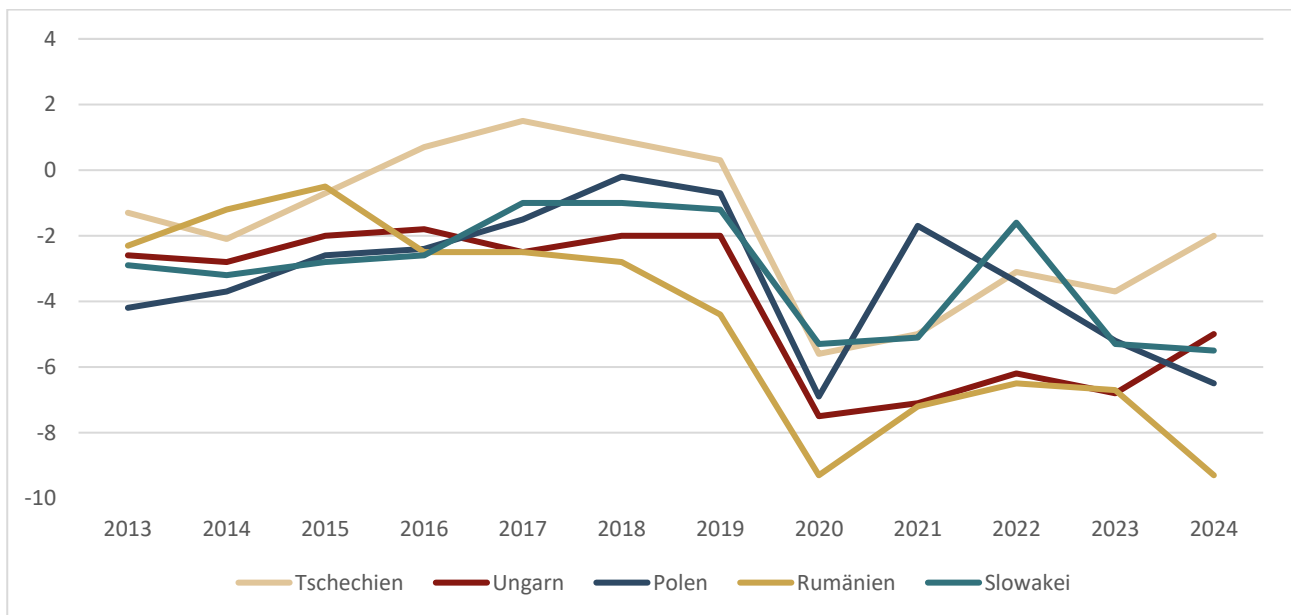
Mit der COVID-19-Pandemie endet diese Konsolidierungsphase abrupt. 2020 springt die ungarische Schuldenquote auf 78,7 Prozent und liegt damit nicht nur deutlich über dem Vorkrisenniveau, sondern wieder fast

am beobachteten Ausgangswert von 2013. In den Folgejahren sinkt sie und verharrt bei knapp unter 74 Prozent. Zehn Jahre nach Beginn des Beobachtungszeitraums steht Ungarn damit immer noch bei einer Schuldenquote, die rund 30 Prozentpunkte über Tschechien liegt, fast 20 Punkte über Polen und knapp 19 Punkte über Rumänien. Selbst die Slowakei, die ebenfalls mit einer hohen Quote in die Pandemie ging, liegt 2024 mit 59,7 Prozent deutlich darunter. Die ungarische Schuldenentwicklung signalisiert damit keine akute fiskalische Krise, wohl aber einen strukturell engeren finanzpolitischen Korridor als in den meisten Ländern Mittelosteuropas.

Noch klarer wird das Muster bei den Budgetdefiziten (siehe Abbildung 6-2). Ungarn bewegt sich schon vor der Pandemie nicht in Richtung eines klaren strukturellen Überschusses, sondern weist durchgehend Defizite auf, von minus 2,6 Prozent des BIP im Jahr 2013, auf minus 1,8 Prozent in 2016. Anders als Tschechien, das 2016 mit plus 0,7 Prozent und 2017 sogar mit plus 1,5 Prozent zwischenzeitlich Überschüsse erzielt, oder Polen, das sich 2018 auf minus 0,2 Prozent verbessert, bleibt Ungarn auch in konjunkturrell günstigeren Jahren im Defizit. Rumänien ist zwar ebenfalls früh durch höhere Fehlbeträge gekennzeichnet, bewegt sich aber auf einem anderen fiskalpolitischen Pfad. Bereits vor den großen Schocks der 2020er Jahre zeigt sich damit, dass fiskalische Expansion in Ungarn kein reines Kriseninstrument ist, sondern ein wiederkehrendes Element wirtschaftspolitischer Steuerung.

Abbildung 6-2: Staatsdefizit (-) und -überschuss (+)

In Prozent des BIP, 2013 – 2024



Quelle: Eurostat, 2026

Mit der Pandemie verschärft sich dieser Befund massiv. 2020 steigt das Defizit in Ungarn auf minus 7,5 Prozent, 2021 bleibt es mit minus 7,1 Prozent fast ebenso hoch, 2023 liegt es immer noch bei minus 6,8 Prozent und 2024 bei minus 5,0 Prozent. Damit verharrt Ungarn auch vier Jahre nach dem pandemischen Einbruch deutlich oberhalb der Maastricht-Grenze und konsolidiert langsamer als Tschechien, das sich bis 2024 auf minus 2,0 Prozent zurückarbeitet. Polen weist 2024 mit minus 6,5 Prozent zwar ebenfalls wieder ein hohes Defizit auf, verbesserte sich 2021 aber deutlich auf minus 1,7 Prozent. Rumänien bleibt mit minus 9,3 Prozent

2024 der Ausreißer in der Vergleichsgruppe. Die Slowakei liegt 2024 mit minus 5,5 Prozent ebenfalls im Defizit, aber auf insgesamt niedrigerem Schuldenniveau.

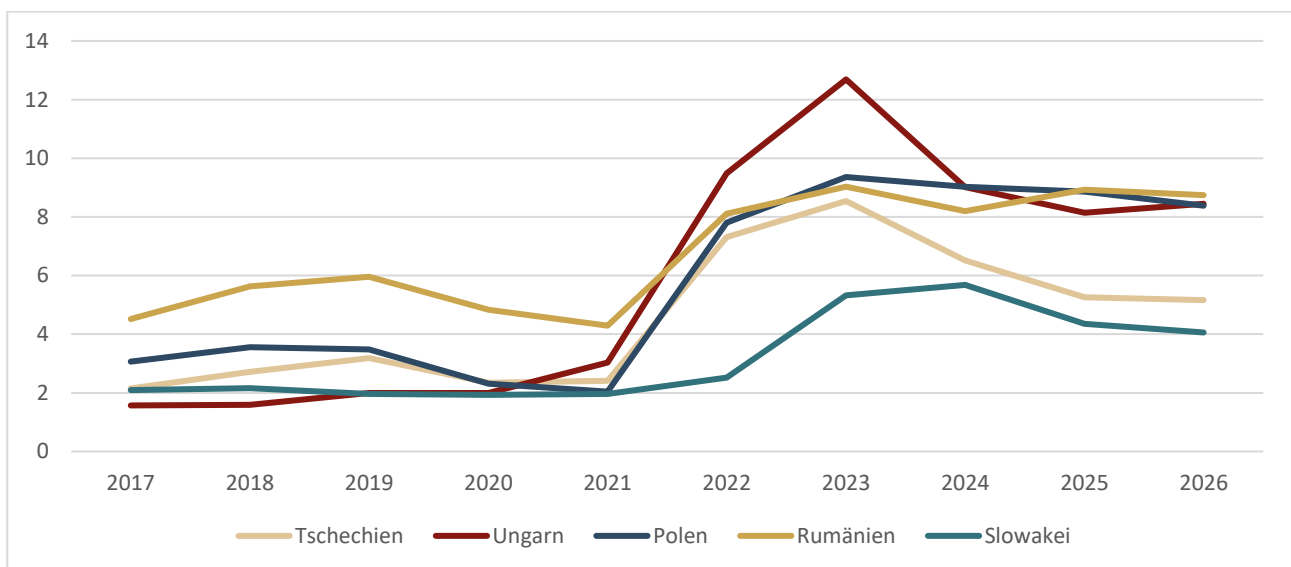
Der ungarische Staat nutzt fiskalische Expansion wiederholt zur Stabilisierung von Nachfrage, Einkommen und politischer Unterstützung, kehrt aber nicht mehr überzeugend zu einem nachhaltigen Konsolidierungspfad zurück. Auffällig ist zudem die Nähe zu politischen Zyklen. Vor den Parlamentswahlen 2022 wurden exemplarisch fiskalische Impulse noch einmal ausgeweitet, etwa über Steuerentlastungen, Transfers und gezielte Einkommensmaßnahmen (Kaiser, 2026). Genau an dieser Stelle gewinnen die Finanzierungskosten an analytischer Bedeutung. Denn hohe Defizite und anhaltend erhöhte Schuldenstände bleiben nicht folgenlos, wenn sie in einem Umfeld schwächerer institutioneller Glaubwürdigkeit, hoher Inflation und wiederkehrender Konflikte mit der EU auftreten.

6.2 Finanzierungskosten und Kapitalmarktabhängigkeit

In der Vorkrisenphase lag Ungarn bei den Finanzierungskosten noch im regionalen Mittelfeld. 2017 betrug der jährliche durchschnittliche Zinssatz 1,57 Prozent und 2020 knapp 2 Prozent, auf dem Niveau der Slowakei und Tschechien, unter Polen mit 3,06 bis 3,48 Prozent und deutlich unter Rumänien mit 4,52 bis 5,96 Prozent (siehe Abbildung 6-3).

Abbildung 6-3: Zinssätze für Unternehmenskredite im Bankensektor

In Prozent, Jahresdurchschnitt, 2017 – 2026



Anmerkungen: Für Polen wird mangels Verfügbarkeit ein abweichender Zinssatz verwendet (Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen bis 1 Mio. EUR mit Zinsbindungsdauer von über 1 bis 5 Jahren, neue Geschäfte). Für 2026 wird der erste Quartalschnitt verwendet.

Quelle: EZB, 2026

Ab 2022 kippt dieses Bild jedoch deutlich. Die Finanzierungskosten steigen in Ungarn auf einen Jahresdurchschnittszinssatz von 9,48 Prozent und 2023 sogar auf 12,69 Prozent, den mit Abstand höchsten Wert im gesamten Vergleich. Tschechien steigt 2022 auf 7,31 und 2023 auf 8,54 Prozent, Polen auf 7,8 und 9,36 Prozent, Rumänien auf 8,11 und 9,03 Prozent, die Slowakei lediglich auf 2,52 und 5,32 Prozent. Ungarn wird damit für mindestens drei Jahre zum Hochzins-Ausreißer der gesamten Vergleichsregion. Zwar sinken die Werte 2024 wieder auf 9,02 Prozent und 2025 auf 8,14 Prozent, doch auch im ersten Quartal 2026 liegt Ungarn mit 8,45

Prozent weiter sehr hoch. Besonders aufschlussreich ist, dass das Land damit wieder auf einem Niveau mit Rumänien liegt.

Diese Entwicklungen sind politökonomisch hoch relevant. Sie bedeuten nicht nur, dass Ungarn strukturell eine ähnliche Finanzierungsqualität wie Rumänien aufweist. Vielmehr deutet sie darauf hin, dass die Kapitalmärkte Ungarn inzwischen mit einer deutlich höheren Risikoprämie versehen als noch in den 2010er Jahren. Es handelt sich um eine ausgewachsene Vertrauenskrise, in der sich ein Zyklus aus geringem Vertrauen, höheren Zinsen, schwächerem Wachstum und erneut sinkendem Vertrauen verfestigt hat. Die ungarische Regierung hat diesen Kreislauf nicht effektiv durchbrechen können (Fundacja Przyjazny Kraj, 2026).

6.3 Der partielle Ausfall von EU-Mitteln als fiskalischer Wendepunkt

Eine zentrale Zäsur in der jüngeren Fiskalpolitik ist der eingeschränkte Zugang zu EU-Mitteln. Während Ungarn in den 2010er Jahren in hohem Maße von Kohäsions- und Strukturfonds profitierte und diese Transfers einen wesentlichen Teil öffentlicher Investitionen und gleichzeitig auch das System der *Orbanomics* trugen, bleiben seit 2022 erhebliche Mittel aufgrund rechtsstaatlicher Konflikte blockiert. Genau hier liegt der entscheidende fiskalische Bruch: Das bisherige Modell staatsnaher Investitions- und Stabilisierungspolitik beruhte zu einem erheblichen Teil darauf, dass nationale politische Steuerung mit europäischen Finanzmitteln überhaupt erst möglich wurde. Derzeit sind Mittel in Höhe von rund 19 bis 21 Milliarden Euro eingefroren, was etwa zwei Jahren öffentlicher Investitionen bzw. ca. 10 Prozent des ungarischen BIP entspricht. Zudem sind in den vergangenen zehn Jahren bis zu 90 Prozent der Investitionsausgaben in Ungarn durch EU-Mittel finanziert worden, ohne sie ist der Investitionsmotor des Landes ins Stocken geraten (Fundacja Przyjazny Kraj, 2026).

Zinsen, hohe Kapitalzuflüsse und EU-Gelder haben jene strukturellen und fiskalischen Schwächen Ungarns lange überdeckt, die nun offen zutage treten (Kaiser, 2026).

Hinzu kommt, dass selbst teilweise wieder freigegebene Mittel nicht rechtzeitig abgerufen werden konnten und nun schrittweise zu verfallen drohen. Zum Jahresbeginn entging dem ungarischen Staat dadurch die erste Milliarde an Fördergeldern. Der fiskalische Effekt wird dadurch zusätzlich verstärkt: Nicht nur eingefrorene, sondern auch endgültig verfallene EU-Mittel reduzieren den langfristigen Finanzierungsspielraum und verschärfen die Investitionsschwäche (ENR, 2026).

Damit entfällt nicht nur ein externer Zuschuss, sondern ein zentraler fiskalischer Anker. Öffentliche Ausgaben, industriepolitische Programme und staatlich flankierte Investitionen müssen stärker national finanziert werden, während gleichzeitig die Bereitschaft zur Haushaltskonsolidierung begrenzt bleibt. Diese Verschiebung verstärkt die Bedeutung der Kapitalmarktkonditionen unmittelbar. Über Jahre hinweg haben politisch verbundene Unternehmen einen überproportionalen Anteil öffentlicher Aufträge erhalten, weshalb Ungarn in auffälligem Umfang von EU-Fonds-Sperren betroffen ist (FT, 2026a). Allerdings wurden bisher nur rund 18 Prozent der von der EU-Finanzbetrugsbehörde OLAF beanstandeten Mittel tatsächlich zurückgeführt, während der EU-Durchschnitt bei rund 71 Prozent liegt (FT, 2026b). Auch hieraus entsteht künftig zusätzlicher Zahlungsdruck für den ungarischen Haushalt.

Gerade diese Verbindung ist für die Bewertung der Finanzierungskosten zentral. Wenn EU-Mittel ausbleiben, Defizite hoch bleiben und gleichzeitig Zweifel an der Qualität von Institutionen und Mittelverwendung bestehen, steigt die Risikoprämie. In diesem Sinne wirkt der Ausfall der EU-Mittel nicht isoliert, sondern

verstärkt bestehende strukturelle Schwächen. Ungarns Fiskalpolitik verliert damit einen zentralen externen Stabilisator und wird gleichzeitig stärker von den Reaktionen der Kapitalmärkte abhängig.

7 Preisentwicklung und Inflation

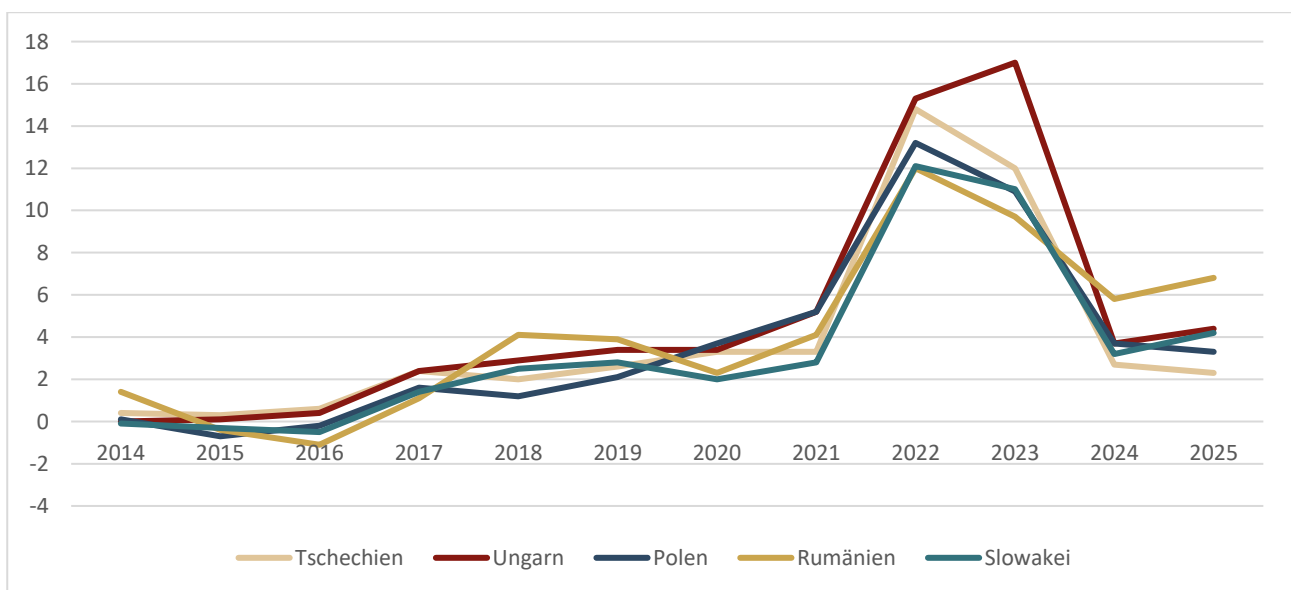
7.1 Verbraucherpreise und Kerninflation

Die Entwicklung von Preisen und Inflation stellt ein zentrales Maß für wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit dar. Kaum ein makroökonomischer Indikator wirkt so unmittelbar auf politische Unterstützung, gesellschaftliche Zufriedenheit und ökonomische Erwartungsbildung wie die wahrgenommene Stabilität der Lebenshaltungskosten (Federle et al., 2024; Lee et al., 2024; Diermeier/Niehues, 2025). Spätestens seit den krisenbedingten externen Schocks der 2020er Jahre stehen zahlreiche politische Systeme und ihre etablierten Parteien in Westeuropa vor dieser Herausforderung. In Mittelosteuropa, wo sich populistische Parteien in Teilen bereits seit den frühen 2010er-Jahren *etabliert* haben, schlägt sich diese Entwicklung ebenfalls nieder (Tomšič, 2024; Radunz/Riedel, 2024). Im ungarischen Fall stellen die Teuerungen eine strukturelle Verwundbarkeit für die *FIDESZ*-Regierung gegenüber neuen populistischen oder populär-politischen Gegenbewegungen dar.

Die Entwicklung der harmonisierten Verbraucherpreise macht deutlich, dass alle betrachteten Länder im Zuge der Energie- und Lieferkettenschocks ab 2020 einen ausgeprägten Inflationsanstieg verzeichnen (siehe Abbildung 7-1). Ungarn sticht jedoch sowohl durch das Ausmaß als auch durch die Persistenz dieser Schocks heraus. Während die Inflationsrate in Tschechien, Polen und der Slowakei 2022 erstmals zweistellige Werte erreicht, überschreitet sie in Ungarn im selben Jahr bereits die Marke von 15 Prozent und steigt 2023 weiter auf rund 17 Prozent. Auch nach dem Abklingen des europäischen Inflationshochs bleibt die Preisdynamik Ungarns im Vergleich noch lange Zeit höher.

Abbildung 7-1: Inflationsrate nach harmonisiertem Verbraucherpreisindex

In Prozent, 2014 – 2025

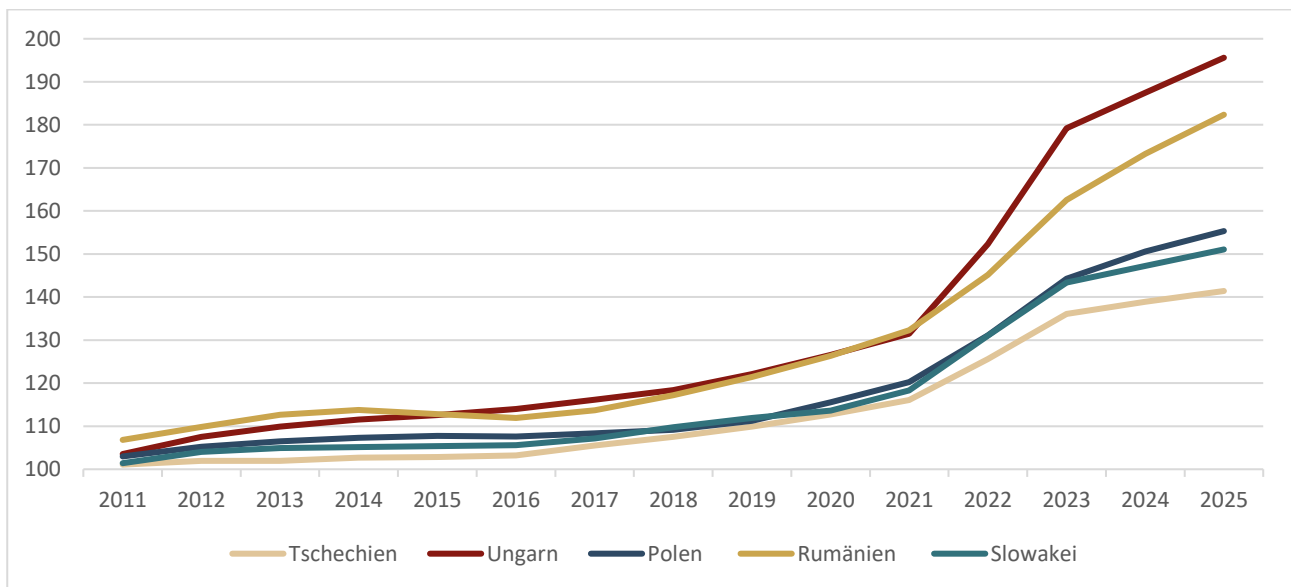


Quelle: Eurostat, 2026

Die Kerninflation, also der harmonisierte Verbraucherpreisindex ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak, zeigt, dass die ungarische Preisdynamik nicht auf externe Schocks beschränkt ist (siehe Abbildung 7-2). Vielmehr verfestigt sich die Inflation im Kern der Volkswirtschaft stärker und länger als in den Vergleichsländern. Während Tschechien bis 2025 eine Steigerung von 41 Prozent und Polen etwa 55 Prozent erreicht, steigt die kumulierte Kerninflation in Ungarn um rund 96 Prozentpunkte gegenüber dem Basisjahr 2010 – noch einmal deutlich mehr als Rumänien mit 82 Prozent.

Abbildung 7-2: Kerninflation, kumulierte Preisveränderung, 2010 = 100

In Prozent, 2011 – 2025



Quelle: Weltbank, 2026

Diese Dynamik verweist erneut auf die Struktur des ungarischen Binnenmarkts. Während international wettbewerbsfähige, exportorientierte Sektoren (*tradeables*) vergleichsweise stabil in europäische Wertschöpfungsketten eingebunden sind, sind die binnenorientierten (*non-tradeables*) stärker von Regulierung, politischer Einflussnahme und geringerer Wettbewerbsintensität geprägt. Gerade in diesen Bereichen entstehen Preisdynamiken, die sich weniger durch externe Kostenimpulse als durch institutionelle Rahmenbedingungen erklären lassen.

Ein besonders anschauliches Beispiel für diese Dynamiken liefert der Bausektor. Hier verdichten sich Hinweise auf eine enge Verflechtung zwischen staatlicher Auftragsvergabe und politisch verbundenen Unternehmen (FT, 2026a). Große Infrastruktur- und Immobilienprojekte weisen überdurchschnittlich hohe Kosten auf, und Wettbewerb wird durch selektive Zugangsbedingungen eingeschränkt (Illés, 2021; HVG.hu, 2013). Gleichzeitig profitieren bestimmte inländische politisch verbundene Akteure von regulatorischen Ausnahmen oder beschleunigten Genehmigungsverfahren, während gegen ausländische Baufirmen und Vertragspartner auf ministerialer Ebene populistische Rhetorik eingesetzt wird (Schwarz-Goerlich/Szakacs, 2025). In einem solchen Umfeld entstehen Preise nicht primär durch Wettbewerb, sondern durch institutionelle Strukturen mit der Folge, dass Kostensteigerungen leichter weitergegeben werden können.

Ähnliche Strukturen lassen sich exemplarisch im Lebensmitteleinzel- und Großhandel feststellen, einem weiteren preistreibenden *non-tradeable*-Sektor, der Nationalisierungstendenzen ausgesetzt ist. Die Regierung

griff ab 2020 wiederholt direkt in die Preisbildung ein, unter anderem durch Preisdeckel sowie durch die Einführung einer Obergrenze für Gewinnmargen auf ausgewählte Grundnahrungsmittel von rund 10 Prozent. Diese Maßnahmen zielten kurzfristig auf eine Dämpfung der Verbraucherpreise ab, griffen jedoch tief in die Marktmechanismen ein. Dies betrifft insbesondere große Handelsketten, häufig mit deutscher oder österreichischer Eigentümerstruktur, für die Ungarn als Investitionsstandort und Absatzmarkt weiter an Attraktivität sowie Profitabilität verliert (Heusmann, 2024; Ministerie van Landbouw, Visserij, Voedselzekerheid en Natuur, 2025; RetailDetail, 2026).

Ökonomisch führen diese Eingriffe zu einer Verschiebung und Ausweitung von Preisdynamiken. Während einzelne Preise administrativ begrenzt werden, entstehen Anpassungsreaktionen in anderen Produktkategorien, Lieferketten oder Qualitätssegmenten. Margenbegrenzungen können demnach kurzfristig inflationsdämpfend wirken, gleichzeitig aber Angebotsverzerrungen, Rückgänge im Sortiment oder indirekte Preissteigerungen begünstigen. Die Inflationsdynamik wird damit nicht reduziert, sondern teilweise in weniger regulierte Bereiche verlagert (Turnleaf Analytics, 2025).

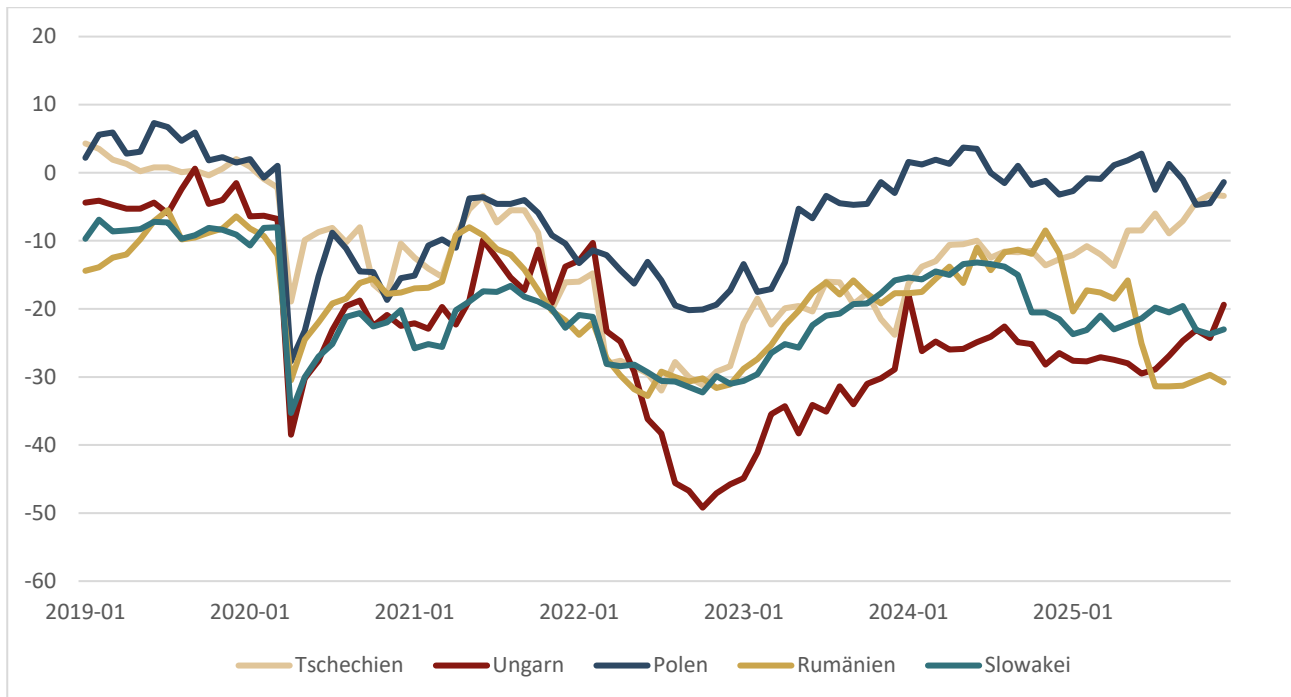
7.2 Wahrgenommene Inflation und Konsumentenvertrauen

Verbraucher können Preissteigerungen systematisch überschätzen und ihre Bewertung dabei besonders durch häufig konsumierte sowie medial und politisch saliente Gütergruppen geprägt sein (Diermeier/Niehues, 2025). Um diese subjektive Dimension wirtschaftlicher Entwicklung systematisch abzubilden, wird im Folgenden auf den von Eurostat erhobenen *Consumer Confidence Indicator* (CCI) zurückgegriffen, der auf harmonisierten monatlichen Haushaltsbefragungen basiert und einen repräsentativen Vergleich der Visegrädländer und Rumänien ermöglicht (siehe Abbildung 7-3).

Der CCI-Hauptindikator basiert auf dem saisonal bereinigten arithmetischen Mittel der Salden aus Einschätzungen privater Haushalte: finanzielle Lage des Haushalts in den letzten 12 Monaten; erwartete finanzielle Lage des Haushalts in den nächsten 12 Monaten; erwartete allgemeine Wirtschaftslage im Land in den nächsten 12 Monaten; Absicht, in den nächsten 12 Monaten größere Anschaffungen zu tätigen. Der Indikator kann dabei Werte auf einer Skala von -100 (extremer Pessimismus) bis +100 (extremer Optimismus) annehmen.

Abbildung 7-3: Consumer Confidence Indikator

Monatlich, 2019 – 2025



Quelle: Eurostat, 2026

Die Entwicklung der Verbraucherstimmung zeigt ein klares Muster. Ungarn weist fast durchgehend die schwächste Ausprägung auf. Vor den jüngsten Krisen liegt die Wahrnehmung der Konsumenten auf einem mittleren Niveau der Vergleichsländer und erreicht kurzfristig Werte nahe der Neutralität.

Mit dem pandemiebedingten Einbruch 2020 verzeichnen alle Länder einen Rückgang. In Ungarn fällt dieser bis ca. -39 besonders stark aus. In der anschließenden Erholungsphase stabilisieren sich insbesondere Polen und Tschechien schrittweise, während Ungarn ebenso wie die Slowakei im negativen Bereich verharret. Zu Beginn der Hochinflationen ab April 2022 verschärft sich das Bild erneut. Die Stimmung der ungarischen Konsumenten fällt auf einen Rekordnegativwert von -50 und markiert damit den deutlichsten Einbruch innerhalb der beobachteten Vergleichsgruppe. Zwar sind auch die anderen Länder betroffen, doch fallen die Rückgänge dort deutlich geringer aus und normalisieren sich schneller. Bis zum Herbst 2025, also fast dreieinhalb Jahre lang, verharret die als von den ungarischen Konsumenten als schlecht wahrgenommene wirtschaftliche Lage mit weitem Abstand am unteren Ende der Vergleichsgruppe. Entscheidend ist dabei weniger die kurzfristige Dynamik als die Persistenz. Folglich wird der subjektiv empfundene wirtschaftliche Abstieg nach dem Anziehen der Energie- und Erzeugerpreise im Frühjahr 2022, also ab Herbst desselben Jahres, nicht mehr nur als temporärer Schock wahrgenommen. Er prägt dauerhaft Erwartungen und Konsumentscheidungen.

Im Zusammenspiel mit der Preisentwicklung ergibt sich ein konsistentes Bild. Hohe und persistente Inflation trifft auf verfestigten Pessimismus. Inflation wirkt in Ungarn damit nicht nur über Preise, sondern über Vertrauen. Gerade diese anhaltend negative Erwartungshaltung bildet den zentralen Ausgangspunkt für die wirtschaftspolitische Reaktion der Regierung. Markteingriffe dienen nicht nur der kurzfristigen Preisstabilisierung, sondern zielen zunehmend auf die Stabilisierung von Erwartungen und Umfrageergebnissen in einem

gesellschaftlichen Umfeld, das strukturell von niedrigem Vertrauen geprägt ist. Die Wahrnehmung von Inflation ist eng mit politischem Vertrauen und gesellschaftlicher Zufriedenheit verknüpft. Personen mit höherer Unzufriedenheit gegenüber wirtschaftlicher Lage oder politischem System nehmen Preissteigerungen systematisch stärker wahr. Inflation wirkt damit nicht nur als ökonomischer Indikator, sondern als Verstärker (gesellschafts-)politischer Spannungen (Diermeier/Niehues, 2025).

7.3 Wirtschaftspolitische Eingriffe, *Non-Tradeables* und Inflationpersistenz

Ungarn greift im regionalen Vergleich deutlich stärker auf direkte Markteingriffe wie Preisobergrenzen und sektorale Sondersteuern zurück, um Inflation zu dämpfen und fiskalische sowie politische Ziele zu verfolgen. Diese Maßnahmen sind Teil einer breiteren Strategie zur Stärkung nationaler Akteure und verschieben die Wettbewerbsbedingungen zulasten ausländischer und weniger politisch vernetzter Unternehmen (FT, 2026a). Ökonomisch entsteht daraus eine makro- und politökonomische Abwärtsspirale: Preisdeckel, Margenbegrenzungen und Sondersteuern können kurzfristig entlasten, tragen jedoch zur Verzerrung von Preissignalen und Verlagerung von Kosten bei. Gleichzeitig erhöhen sie die Unsicherheit für Unternehmen und wirken investitionshemmend, insbesondere in nicht-exportorientierten Sektoren.

Diese institutionellen Faktoren verstärken makroökonomische Übertragungsmechanismen zusätzlich. In einer Volkswirtschaft wie Ungarn schlagen Wechselkursschwankungen, importierte Inflation und expansive Fiskalpolitik schneller auf Verbraucherpreise und Finanzierungskosten durch. Ein Teil des binnenwirtschaftlichen Preisdrucks lässt sich auch durch die Entwicklung der in Kapitel 4 wiedergegebenen Lohnstückkosten erklären. Steigen in Ungarn die Arbeitskosten schneller als die zugrunde liegende Produktivität, erhöht sich der Kostendruck insbesondere in weniger wettbewerbsintensiven, binnenorientierten Sektoren. Treffen diese Mechanismen auf politisch geprägte Marktstrukturen, kann sich Inflation nicht nur schneller aufbauen, sondern auch länger verfestigen.

Die wirtschafts- und preispolitischen Eingriffe tragen kurzfristig zur Stabilisierung bei, verstärken jedoch langfristig Unsicherheit und Erwartungsinstabilität. Die Kombination aus hoher Kerninflation und schwacher Konsumentenstimmung deutet darauf hin, dass Inflation in Ungarn, analog zur Fiskalpolitik, auch ein Vertrauensproblem darstellt. Dies steht im Einklang mit den geläufigen negativen Auswirkungen der *Orbanomics*: kurzfristige politische Steuerungsfähigkeit mit zunehmender Marktverzerrung, selektiver Intervention und sinkender institutioneller Glaubwürdigkeit, während gleichzeitig das Vertrauen von Haushalten und Unternehmen erodiert (Spotdata, 2026).

Vor allem die Analyse der Preisstabilität in diesem abschließenden Analysekapitel zeigt exemplarisch, dass das populistische Performanzdefizit weniger in der Entstehung von Krisen liegt als in ihrer Verarbeitung.

8 Synthese – *Orbanomics* und das populistische Performanzdefizit

Der vorliegende Report analysiert die ungarische Wirtschaftsentwicklung seit der Rückkehr der FIDESZ-Partei an die Macht im Jahr 2010. *Orbanomics* etabliert ein politökonomisches Modell, das kurzfristige Steuerungsfähigkeit systematisch über langfristige Effizienz stellt. Staatliche Eingriffe, selektive Marktregulierung und Allokationsmechanismen ermöglichen zunächst wirtschaftliche Stabilisierung und politische Kontrolle. Mit

zunehmender Dauer entstehen jedoch strukturelle Spannungen, die sich über zentrale wirtschaftliche Indikatoren hinweg konsistent manifestieren. Die zentrale Frage dieses Reports lässt sich dahingehend beantworten, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ungarns nur begrenzt institutionell verankert ist und in wesentlichen Teilen auf politisch vermittelten Wachstumsmechanismen beruht.

Diese Logik wird in Situationen politischer Unsicherheit besonders sichtbar. Die Marktreaktionen im Vorfeld der Parlamentswahl 2026 verdeutlichen, dass Teile der ungarischen Unternehmenslandschaft nicht primär entlang ökonomischer Fundamentaldaten bewertet werden, sondern entlang ihrer Einbettung in politische Machtstrukturen. Damit tritt ein zentrales Merkmal des Modells offen zutage: Wirtschaftlicher Erfolg wird in relevanten Segmenten nicht ausschließlich durch Wettbewerbsfähigkeit bestimmt, sondern durch politischen Zugang vermittelt. In dem Moment, in dem diese politische Absicherung infrage steht, wird auch die ökonomische Bewertung unmittelbar volatil – ein Hinweis auf die strukturelle Verwundbarkeit eines loyalpolitisch gestützten Allokationssystems.

Die vorangegangenen Kapitel folgten einer detaillierten Aufschlüsselung zentraler wirtschaftlicher Leistungsindikatoren, wie der Entwicklung von Industriestruktur, ausländischen Direktinvestitionen, Handelsverflechtungen, Produktivität, Innovationsfähigkeit, Finanzierungskosten sowie Preis- und Erwartungsdynamiken. Dabei wurden zentrale ökonomische Outputstatistiken Ungarns mit denen der weiteren Visegrádländer sowie Rumäniens systematisch verglichen. Im Kern steht eine zunehmende Entkopplung von institutioneller Qualität und langfristiger wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit. Der populistisch-autoritäre Regierungsstil Orbáns geht mit steigenden Finanzierungskosten, schwächerer Innovationsdynamik und sinkender Produktivität einher. Diese Entwicklung folgt einem kumulativen Vertrauensmechanismus: Institutionelle Erosion erhöht Risikoaufschläge, verteuert Kapital und dämpft Wachstum. Besonders deutlich wird diese Dynamik in der sektoralen Struktur der Wirtschaft. Während exportorientierte, international eingebundene Sektoren (*tradeables*) weiterhin unter Wettbewerbsdruck stehen, sind binnenwirtschaftliche Bereiche (*non-tradeables*) stärker von politischer Einflussnahme (Klientelismus), regulatorischen Eingriffen und geringerer Wettbewerbsintensität geprägt. Inflation wird damit zunehmend endogen erzeugt und verstetigt.

Die wirtschafts- und preispolitischen Eingriffe tragen kurzfristig zur Stabilisierung bei, verstärken jedoch langfristig Unsicherheit und Erwartungsinstabilität. Die Kombination aus hoher Kerninflation und schwacher Konsumentenstimmung deutet darauf hin, dass Inflation in Ungarn, analog zur Fiskalpolitik, zunehmend auch zu einem Vertrauensproblem wird. Letzteres steht im Einklang mit den zentralen Befunden zu *Orbanomics*: kurzfristige politische Steuerungsfähigkeit geht mit wachsender Marktverzerrung, selektiver Intervention und sinkender institutioneller Glaubwürdigkeit einher, während gleichzeitig das Vertrauen von Haushalten und Unternehmen erodiert (Spotdata, 2026). Vor diesem Hintergrund zeigt sich exemplarisch, dass das populistische Performanzdefizit weniger in der Entstehung von Krisen liegt als in ihrer Verarbeitung.

Im regionalen Vergleich wird deutlich, dass diese Entwicklung kein zwangsläufiges Ergebnis externer Schocks ist. Die mittelosteuropäischen Vergleichsländer weisen stabilere Wachstumsverläufe, geringere Inflationspersistenz und niedrigere Finanzierungskosten auf. Der Unterschied liegt weniger im Auftreten einzelner populistischer Maßnahmen als in deren Dauer, Intensität und institutionellen Verankerung. Ungarn stellt damit einen besonders ausgeprägten Fall dar, in dem sich das populistische Performanzdefizit über mehrere wirtschaftliche Dimensionen hinweg komparativ-empirisch nachvollziehen lässt.

Die Untersuchungen verweisen auf die inhärenten Grenzen von populistischem wie autoritärem Regieren in Europa. Kapitalmärkte reagieren auf institutionelle Unsicherheit mit höheren Risikoaufschlägen, Investitionen werden zurückhaltender und binnenwirtschaftliche Preisverzerrungen schlagen zunehmend auf Wachstum und Wohlstand durch. Märkte sind damit nicht nur Sehnsuchtsobjekte populistisch-autoritärer Steuerung, sondern zugleich ein zentraler Begrenzungs- oder Disziplinierungsmechanismus politischer Handlungsspielräume. Vor diesem Hintergrund lässt sich die These des populistischen Performanzdefizits präzisieren: Populistische Politik scheitert nicht primär an der Entstehung von Krisen, sondern an ihrer nachhaltigen Bewältigung.

Diese ökonomischen Rückkopplungen entfalten auch gesellschaftspolitische Wirkung. Die Etablierung und der Erdrutschwahlsieg der oppositionellen *TISZA*-Bewegung im institutionellen Umfeld Ungarns deuten auf eine schwer übersehbare soziale Ermüdung hin. Brot-und-Butter-Themen wie Reallöhne, Finanzierungskosten und Inflationswahrnehmung gewinnen gegenüber identitätspolitischen Konflikten an Gewicht. Der politische Druck ökonomisch belasteter Haushalte könnte im ungarischen Fall zu einer erneuten Gegenbewegung führen, einem erneuten populär-politischen *Rollback* des ursprünglichen populistischen *Rollbacks* (Diamond, 2008). Demokratisches *Backsliding* verläuft weder linear noch irreversibel. Wirtschaftliche (Un-)Gleichgewichte und gesellschaftliche Erwartungen wirken als endogene Korrekturmechanismen. Die Theorie der *liberal democracy* steht im 21. Jahrhundert empirisch unter Druck. Im Zuge dieses Reports bestätigt sich allerdings weder die These eines unumkehrbaren Niedergangs liberaler Demokratien noch die eines *langfristig* stabilen autoritär-populistischen Gleichgewichts in Europa.

Orbanomics ist kein tragfähiges Gegenmodell zur liberalen Wirtschafts- und Demokratietheorie, sondern ein temporäres politökonomisches Arrangement mit inhärenten Grenzen. Seine langfristige Stabilität wird nicht allein politisch bestimmt, sondern maßgeblich durch Märkte, Integration und gesellschaftliche Rückkopplungen begrenzt. Ohne eine rasche wirtschaftspolitische und institutionelle Kurskorrektur droht Ungarn im regionalen und europäischen Vergleich weiter ökonomischer Bodenverlust mit Folgen für seine globale Standortattraktivität, Produktivität, Preisstabilität und die Zuversicht von Haushalten und Unternehmen. Das Wirtschaftsmodell der *Orbanomics* dürfte allerdings noch geraume Zeit fortbestehen, da die Verflechtung von Politik, Staat und Wirtschaft ein systemrelevantes Niveau erreicht hat und sich nur mit viel Bedacht, politischem Willen und tragfähigen parlamentarischen Mehrheiten schrittweise zurückbauen lässt.

Für zukünftige Entscheidungsträger besteht allerdings ein struktureller Engpass fort, der sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen dürfte. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ungarns wird zunehmend durch demografische Alterung und begrenzte gesellschaftspolitische Aufnahmekapazitäten für Zuwanderung eingeschränkt. Im Einklang mit der politischen Rhetorik Orbáns weist die ungarische Gesellschaft innerhalb der Vergleichsgruppe die geringste Aufnahmebereitschaft für Wirtschaftsmigration auf. Die Zurückhaltung beschränkt sich dabei nicht auf kultur- oder identitätspolitische Überlegungen. Die herangezogenen repräsentativen Panelbefragungen zeigen, dass eine große Mehrheit der ungarischen Bevölkerung überzeugt ist, dass Zuwanderung der Wirtschaft ihres Landes eher schadet als nutzt.

9 Abstract

This report analyzes Hungary's economic development since the return of the *FIDESZ* government in 2010, benchmarking its trajectory against the Visegrád countries and Romania. It addresses the central question of whether a populist-authoritarian governance model can sustain long-term economic performance. Methodologically, the analysis follows a most-similar-systems design and combines a detailed, indicator-based comparison of key economic dimensions, including industrial structure, foreign direct investment, trade integration, productivity, innovation capacity, financing conditions, labor market dynamics, and price developments. This granular approach allows for identifying structural divergences beyond aggregate macroeconomic trends.

The findings indicate that Hungary has developed a distinct political-economic model ("Orbanomics") characterized by extensive state intervention, selective market regulation, and politically influenced resource allocation. While this model can generate short-term stabilization and investment impulses, it increasingly produces structural imbalances over time. These are reflected in persistently elevated inflation, rising financing costs, weaker productivity growth, and reduced investment dynamics. At the core of this development lies a cumulative trust mechanism: institutional deterioration raises risk premia, constrains capital formation, and weakens long-term growth potential.

In comparative perspective, Hungary's trajectory cannot be attributed primarily to external shocks, as peer economies in Central and Eastern Europe exhibit more stable macroeconomic outcomes. The results therefore support the concept of a "populist performance deficit," suggesting that the key weakness of populist economic governance lies less in the emergence of crises than in their long-term management and resolution.

At the same time, the Hungarian case highlights important limits to such governance models. Despite extensive political control, economic outcomes remain subject to disciplining forces stemming from international capital markets, trade integration, and domestic price dynamics. These feedback mechanisms not only constrain policy effectiveness but may also translate into political pressure, as declining real incomes, persistent inflation, and weakened economic confidence shape electoral outcomes. The analysis thus contributes to the broader debate on democratic resilience by suggesting that economic and societal feedback loops can act as endogenous correctives to democratic backsliding, even in increasingly centralized political systems.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: V-Dem Indizes für Ungarn.....	9
Abbildung 1-2: IMD Competitiveness Rankings für Ungarn.....	10
Abbildung 1-3: Jährliche Wachstumsrate des realen BIP (preisbereinigt).....	11
Abbildung 2-1: Dienstleistungs- und Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung.....	13
Abbildung 2-2: Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Industrie (Bruttowertschöpfung).....	14
Abbildung 2-3: Aufschlüsselung der Anteile des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung.....	16
Abbildung 3-1: Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt.....	18
Abbildung 3-2: Wichtigste Export- und Importpartner Ungarns.....	19
Abbildung 3-3: Ausländische Direktinvestitionen in Ungarn.....	20
Abbildung 3-4: Chinesische Direktinvestitionen nach Zielländern in Europa.....	21
Abbildung 3-5: Chinesische Direktinvestitionen im Automobilsektor nach Zielländern in Europa.....	22
Abbildung 4-1: Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors.....	24
Abbildung 4-2: Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätigen.....	26
Abbildung 4-3: Nominale Lohnstückkosten, auf Basis geleisteter Arbeitsstunden, 2015=100.....	27
Abbildung 5-1: Altenquotient, Bevölkerung von 65 Jahren und mehr bezogen auf die Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren.....	29
Abbildung 5-2: Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren.....	30
Abbildung 5-3: Arbeitslosenquote (15 bis 74 Jahre).....	31
Abbildung 5-4: Anteil Nicht-EU-Staatsbürger an Erwerbstätigen.....	32
Abbildung 5-5: Öffentliche Einstellungen zu Migration.....	33
Abbildung 6-1: Staatsverschuldung.....	34
Abbildung 6-2: Staatsdefizit (-) und -überschuss (+).....	35
Abbildung 6-3: Zinssätze für Unternehmenskredite im Bankensektor.....	36
Abbildung 7-1: Inflationsrate nach harmonisiertem Verbraucherpreisindex.....	38
Abbildung 7-2: Kerninflation, kumulierte Preisveränderung, 2010 = 100.....	39
Abbildung 7-3: Consumer Confidence Indikator.....	41

Literaturverzeichnis

24.hu, 2026, Nincs megállás: tovább büntetik a NER-cégek részvényeit a tőzsdén, <https://24.hu/fn/gazdasag/2026/03/30/budapesti-ertektozsde-ner-jaszai-gellert-meszaros-lorinc/> [30.3.2026]

444.hu, 2021, Jóval drágább a Budapest–Belgrád vasút Magyarországon, mint Szerbiában, <https://444.hu/2021/11/26/joval-dragabb-a-budapest-belgrad-vasut-magyarorszagon-mint-szerbiaban> [18.3.2026]

Acemoglu, Daron / Robinson, James A., 2012, Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty, Crown Publishers, New York

Agroberichten Buitenland, 2025, Hungary: Inflation tops EU charts while profit margin cap hurts domestic food industry, <https://www.agroberichtenbuitenland.nl/actueel/nieuws/2025/03/28/hungary-inflation-tops-eu-charts-while-profit-margin-cap-hits-food-industry> [28.3.2026]

Balkan Insight, 2026, Battery Makers: A Toxic Debate in Hungary's Election, <https://balkaninsight.com/2026/02/23/battery-makers-a-toxic-debate-in-hungarys-election/rd/> [23.3.2026]

Blake, Daniel J. / Markus, Stanislav / Martinez-Suarez, Julio, 2024, Populist syndrome and nonmarket strategy, in: Journal of Management Studies, 61. Jg., Nr. 2, S. 525–560

Bloomberg News, 2025, EU Considers Forced Tech Transfers for New Chinese Investments, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-10-14/eu-considers-forced-tech-transfers-for-new-chinese-investments> [18.3.2026]

Chrostowski, Gabriel / Sudołowicz, Milena / Morawski, Ignacy, 2026, The End of Orbanomics: From Leader to Outsider. Lessons for Poland from Hungary's Stagnation, SpotData / Fundacja Przyjazny Kraj, Warschau, https://przyjaznykraj.pl/wp-content/uploads/2026/03/Report_The-End-of-Orbanomics_Lessons-for-Poland_The-Friendly-State-Foundation_Spotdata_EN_18032026.pdf [18.3.2026]

Coppedge, Michael / Gerring, John / Knutsen, Carl Henrik / Lindberg, Staffan I. / Teorell, Jan et al., 2025, V-Dem [Country-Year] Dataset v15, Varieties of Democracy (V-Dem) Project, <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/> [26.2.2026]

Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer, 2025, DUIHK Konjunkturbericht Frühjahr 2025, Budapest

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2025, (Überschätzte) Inflation. Potenziale für die politischen Ränder, IW-Kurzbericht, Nr. 13, Köln

Dornbusch, Rudiger / Edwards, Sebastian, 1991, The Macroeconomics of Populism in Latin America, in: NBER Macroeconomics Annual, National Bureau of Economic Research, Cambridge (MA)

Éltető, Andrea, 2024, Why Is It Different? Specific Characteristics of the Hungarian Battery Industry: Legal Background and Environmental Impacts, Working Paper, Nr. 276, HUN-REN Centre for Economic and Regional Studies, Institute of World Economics, Budapest

Éltető, Andrea / Bíró-Nagy, András / Molnár, Kristóf, 2024, China's European Bridgehead? Hungary's Policy on China and Economic Implications, Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest, <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/21458> [16.3.2026]

European Social Survey European Research Infrastructure (ESS ERIC) (2026) ESS11 - integrated file, edition 4.1 [Data set]. Sikt - Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research. https://doi.org/10.21338/ess11e04_1 [9.4.2026]

Europäische Kommission, 2025a, In-Depth Review 2025 – Hungary, European Economy, Institutional Paper 312, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Brüssel, https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/depth-review-2025-hungary_en [11.3.2026]

Europäische Kommission, 2025b, 2025 European Semester: Country Reports, European Economy, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Brüssel, https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/2025-european-semester-country-reports_en [19.3.2026]

Europäische Kommission, 2025c, European Innovation Scoreboard 2025 – Country Profile Poland, Directorate-General for Research and Innovation, Brüssel, https://ec.europa.eu/assets/rtd/eis/2025/ec_rtd_eis-country-profile-pl.pdf [16.3.2026]

Europäische Zentralbank, 2026, Bank interest rates – loans to corporations (new business), [MIR.M.U2.B.A2I.AM.R.A.2240.EUR.N], <https://data.ecb.europa.eu/data/datasets/MIR/MIR.M.U2.B.A2I.AM.R.A.2240.EUR.N>

Eurostat, 2025, Bruttoverschuldung des Staates – jährliche Daten, [teina225], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/teina225/default/table> [9.4.2026]

Eurostat, 2025, Staatsdefizit (-) und -überschuss (+) – jährliche Daten, [teina200], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/teina200/default/table> [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Altenquotient, [tps00198], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00198/default/table> [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Arbeitslosenquote nach Geschlecht und Alter – jährliche Daten, [une_rt_a], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/une_rt_a/default/table [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Arbeitsproduktivität je Beschäftigten und geleisteter Arbeitsstunde (EU27_2020=100), [tesem160], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tesem160/default/table> [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten, [nama_10_lp_ulc], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nama_10_lp_ulc/default/table [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Beschäftigte und Erwerbspersonen nach Alter und Geschlecht – jährliche Daten, [lfsi_emp_a], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsi_emp_a/default/table [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung nach Bereich, [sdg_09_10], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_09_10/default/table [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Bruttowertschöpfung und Einkommen nach detaillierten Wirtschaftsbereichen (NACE Rev. 2), [nama_10_a64], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nama_10_a64/default/table [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Consumer confidence indicator, [ei_bsco_m], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ei_bsco_m/default/table [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Erwerbspersonen nach Staatsangehörigkeit, [lfsa_agan], https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsa_agan/default/table [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Exporte von Waren und Dienstleistungen in % des BIP, [tet00003], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tet00003/default/table> [9.4.2026]

Eurostat, 2026, HVPI – Inflationsrate, [tec00118], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tec00118/default/table> [9.4.2026]

Eurostat, 2026, Wachstumsrate des realen BIP – Volumen, [tec00115], <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tec00115/default/table> [9.4.2026]

Federle, Jonathan / Mohr, Christina / Schularick, Moritz, 2024, Inflation Surprises and Election Outcomes, Kiel Working Paper, Nr. 2278, Kiel Institute for the World Economy, Kiel

Financial Times, 2024, Hungary's economy struggles amid inflation and policy uncertainty, <https://www.ft.com/content/093de2c1-162a-44c4-b954-15db3c856047> [25.3.2026]

Financial Times, 2026, How Hungary sidesteps Europe's fraud watchdog, <https://www.ft.com/content/89730f92-9d8d-4de3-88d6-ddab87ca400a> [29.3.2026]

Financial Times, 2026, How Viktor Orbán's oligarchs reaped billions in public contracts, <https://www.ft.com/content/70c20ff6-9778-4f97-902b-d3c859b59339> [23.3.2026]

Funke, Manuel / Schularick, Moritz / Trebesch, Christoph, 2020, Populist Leaders and the Economy, in: NBER Macroeconomics Annual, National Bureau of Economic Research, Cambridge (MA)

Funke, Manuel / Schularick, Moritz / Trebesch, Christoph, 2023, Populist Leaders and the Economy, in: American Economic Review, 113. Jg., Nr. 12, S. 3249–3288

Gál, Zoltán / Lux, Gábor, 2022, FDI-based regional development in Central and Eastern Europe: A review and an agenda, in: Tér és Társadalom, 36. Jg., Nr. 3, S. 68–98
Germany Trade & Invest, 2025, Wirtschaft in Ungarn, <https://www.gtai.de/de/trade/ungarn-wirtschaft> [22.3.2026]

Germany Trade & Invest, 2025, Wirtschaftsstandort Ungarn, <https://www.gtai.de/de/trade/ungarn-wirtschaft/wirtschaftsstandort> [19.3.2026]

Gray Meral, Amanda / Kumar, Chetna, 2025, Public narratives and attitudes towards refugees and other migrants: Hungary country profile, Report, ODI, London, https://media.odi.org/documents/Hungary_country_profile.pdf [17.3.2026]

Hassink, Robert, 2021, Strategic cluster coupling, in: Fornahl, Dirk / Grashof, Nikolaus (Hrsg.), The Globalization of Regional Clusters, Edward Elgar, Cheltenham, S. 15–30

Heusmann, Merle, 2024, Retail: Why Hungary is becoming increasingly unattractive for foreign companies, Table.Briefings, <https://table.media/en/europe/analyse/retail-why-hungary-is-becoming-increasingly-unattractive-for-foreign-companies> [22.3.2026]

IMD – International Institute for Management Development, 2026, IMD World Competitiveness Online, World Competitiveness Center, Lausanne, <https://www.imd.org/centers/wcc/world-competitiveness-center/rankings/world-competitiveness-ranking/> [9.4.2026]

Koren, Miklós / Csillag, Márton / Köllő, János, 2020, Machines and machinists: Incremental technical change and wage inequality, <https://kti.krtk.hu/en/publikacio/machines-and-machinists-incremental-technical-change-and-wage-inequality/> [22.3.2026]

Központi Statisztikai Hivatal, 2026, External trade and balance of payments, <https://www.ksh.hu/external-trade-and-balance-of-payments> [22.3.2026]

Központi Statisztikai Hivatal, 2026, Population and vital events, <https://www.ksh.hu/population-and-vital-events> [22.3.2026]

Kratz, Agatha / Zenglein, Max J. / Mischer, Anna / Sebastian, Gregor / Meyer, Alexander, 2025, Chinese Investment Rebounds despite Growing Frictions – Chinese FDI in Europe: 2024 Update, Rhodium Group / MERICS, Berlin

Kronstein, Bálint, 2026, Far right political ecologies and the battery sector: The case of the CATL gigafactory in Debrecen, Hungary, in: Political Geography, o. Jg., 127, Art.-Nr. 103522

Le Monde, 2026, In Hungary, unease grows over Viktor Orbán's crony capitalism, https://www.lemonde.fr/en/economy/article/2026/04/06/in-hungary-unease-grows-over-viktor-orban-s-crony-capitalism_6752159_19.html [30.3.2026]

Lijphart, Arend, 1971, Comparative politics and the comparative method, in: American Political Science Review, 65. Jg., Nr. 3, S. 682–693

Magyar Nemzeti Bank, 2026, Közvetlentőke-befektetések, <https://statisztika.mnb.hu/publikacios-temak/fizetesi-merleg-es-kapcsolodo-statisztikak/kozvetlentoke-befektetesek>

Matura, Tamás, 2023, Hungary's policy on China: Doing Beijing's bidding?, Atlantic Council, Washington, DC, <https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/report/hungarys-policy-on-china-doing-beijings-bidding/> [18.3.2026]

Menyhért, Bálint, 2025, The labor market in Hungary, 2000–2025, in: IZA World of Labor, <https://wol.iza.org/articles/the-labor-market-in-hungary> [29.3.2026]

Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristóbal Rovira, 2017, Populism: A Very Short Introduction, Oxford University Press, Oxford.

North, Douglass C., 1990, A transaction cost theory of politics, in: Journal of Theoretical Politics, 2. Jg., Nr. 4, S. 355–367

OECD, 2021, OECD Economic Surveys: Hungary 2021, OECD Publishing, Paris

OECD, 2026, Foreign direct investment (FDI) positions, OECD Data Explorer, [https://data-explorer.oecd.org/vis?df\[ds\]=DisseminateFinancialDMZ&df\[id\]=DSD_FDI@DF_FDI_POS_CTRY&df\[ag\]=OECD.DAF.INV](https://data-explorer.oecd.org/vis?df[ds]=DisseminateFinancialDMZ&df[id]=DSD_FDI@DF_FDI_POS_CTRY&df[ag]=OECD.DAF.INV) [29.3.2026]

Puls, Thomas, 2024, Die Automobilindustrie im Jahr 2024: Globale Trends stellen das erfolgreiche Geschäftsmodell der deutschen Autoindustrie vor Herausforderungen, IW-Report, Nr. 38/2024, Köln

Radunz, Alexander / Riedel, Rafał, 2024, Differentiated Integration Beyond Brexit: Revisiting Cleavage Perspective in Times of Multiple Crises, Routledge Research in Comparative Politics, Taylor & Francis, London

Rafaty, Roman / Dolphin, Graeme / Pretis, Felix, 2021, Carbon pricing and the macroeconomic effects of climate policy, Institute for New Economic Thinking Working Paper, Nr. 140

Reuters, 2025, Hungarian legislation risks freezing out Austrian construction firm Strabag, <https://www.reuters.com/business/hungarian-legislation-risks-freezing-out-austrian-construction-firm-strabag-2025-11-17/> [17.3.2026]

Rodrik, Dani, 2018, Populism and the Economics of Globalization, in: Journal of International Business Policy, 1. Jg., Nr. 1–2, S. 12–33.

Scheiring, Gábor, 2020, Orbanomics: A polarising answer to the crisis of liberal dependent capitalism, Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest

Sgaravatti, Giovanni / Tagliapietra, Simone / Zachmann, Georg, 2025, National policies to shield consumers from rising energy prices, Bruegel Dataset, <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices> [21.3.2026]

Tagliapietra, Simone, 2025, A smart European strategy for electric vehicle investment from China, Bruegel Policy Brief, Nr. 21/2025, Brüssel

Tomšič, Matevž, 2024, Who or What Caused the Rise of Populism?, in: Politics in Central Europe, 20. Jg., Nr. 4, S. 467 ff.

Turnleaf Analytics, 2025, Emerging Markets: Turnleaf Discusses Impact on Hungary's 10% Profit Margin Cap Restriction on Inflation, <https://turnleafanalytics.com/emerging-markets-turnleaf-discusses-impact-on-hungarys-10-profit-margin-cap-restriction-on-inflation/> [14.3.2026]

U.S. Commercial Service, 2026, Hungary – Market Overview, Country Commercial Guide, <https://www.trade.gov/country-commercial-guides/hungary-market-overview> [29.3.2026]

Vigh, Péter, 2024, Reindustrialisation, battery factories and Hungary's workforce gamble, Heinrich-Böll-Stiftung European Union, <https://eu.boell.org/en/2024/10/25/reindustrialisation-battery-factories-and-hungarys-workforce-gamble> [26.3.2026]

World Bank, 2026, Inflation, consumer prices (annual %), [FP.CPI.TOTL.ZG], <https://data.worldbank.org/indicator/FP.CPI.TOTL.ZG>

World Justice Project, 2025, WJP Rule of Law Index 2025, World Justice Project, Washington, DC, <https://worldjusticeproject.org/rule-of-law-index/>

Zeugner, Stefan, 2013, Tradable vs. Non-tradable: An Empirical Approach to the Classification of Sectors, European Commission / CompNet